

Wählt Kommunisten!

Liste 3!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: die monatlich gelieferte Heftausgabe vom 1. Juni 1930 bis 30. Juni 1930, für die Heftausgabe (einschließlich des den Abonnenten Teil einer Tageszeitung) 1,50 RM. Abbestellungspreis nur wöchentlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2

Einzelnummer: frei Haus monatlich 1,50 RM (einschließlich des Postens), durch die Post 2,00 RM (einschließlich des Postens). Der „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Feiertagen und Sonntagen. Im Falle eines späteren Geschäfts wird kein Nachdruck auf Wiederholung der Zeitung oder auf Durchführung des Abbestellungsvertrages.

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2. Vertretung: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2. Vertretung: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2. Vertretung: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. 1, Güterbahnhofstraße 2.

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 10. Juni 1930

Nummer 132

50000 Arbeitersportler marschieren unter unseren Fahnen für die revolutionäre Einheit des Proletariats

Maschinenmarsch in Erfurt — Genosse Thälmann von den Massen stürmisch begrüßt — Zehntausende bilden beim Sportler-Maschinenmarsch Spalier

Erfurt, 10. Juni.

Aus allen Teilen des Reiches trafen die roten Arbeitersportler am Pfingstsonntag und -montag in Erfurt ein. Hunderte von Lastautos bewegten sich in langen Zügen auf den Landstraßen, geschmückt mit roten Fahnen und Transparenten. In vielen Orten stand die Bevölkerung in großen Massen auf den Straßen und begrüßte mit lebhaften Zurufen die durchziehenden Arbeitersportler. Neben den Autotransporten kamen tausende auf Motor- und Fahrrädern, zu Fuß und per Eisenbahn nach Erfurt. Ununterbrochen trafen die Teilnehmer am ersten Reichstreffen in Erfurt ein. Ganz Erfurt stand im Zeichen der Kolonnen der roten Arbeitersportler. Die Häuserfronten waren reichlich geschmückt, rote Fahnen und Transparente der Erfurter Arbeiterschaft grüßten die auswärtigen Sportgenossen. Zahlreiche Quartiere standen den Arbeitersportlern zur Verfügung. Gewaltigen Applaus mit gelben und blauen Fahnen. Trotz der wenigen Unterbringungsmöglichkeiten der Erwerbslosen übernachteten sie in großen Massen die Reichstreffenteilnehmer.

Die Gegner des roten Arbeitersports haben eine empfindliche Niederlage erlitten. Allen Verleumdungen, allen Schikanen und Terrormaßnahmen der hitlerianischen Faschistenregierung und der Sozialfaschisten zum Trotz kamen aus allen Teilen des Reiches die oppositionellen Arbeitersportler nach Erfurt. In dem Regierungsbereich des Reichministers Friedl, in Weimar, an dem Bismarkturm, stand in leuchtenden Lettern eine Forderung für den Aufmarsch in Erfurt. Am den Landstraßen in den hiesigen Orten grüßten die Arbeiter mit dem Ruf „Rot Sport!“ oder „Rot Front!“

Trotz der Zusicherung des Reichministers Friedl, die durch Thüringen fahrenden Lastautos der roten Sportler ungehindert zu lassen, versuchten im Verein mit der hitlerianischen Polizei Nazis durch Terrormaßnahmen die Arbeitersportler auf ihrer Zufahrt nach Erfurt zu behindern. In Jena wurden ohne jeden Grund 8 Chemiker Arbeitersportler von der Polizei verhaftet. Die Durchfahrt der Autos durch Jena wurde von der Polizei als eine Demonstration erklärt. Erst nach mehreren Stunden wurden die Verhafteten freigelassen.

In der Nähe von Weimar versuchten Faschisten und Weimarer Arbeitersportler zu provozieren. Auf proletarische Art wurde diese Provokation abgewehrt. Die Polizeihandlungen trafen sofort in Aktion und verhafteten von 2 Lastautos die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes Berlin.

Der Aufmarsch der roten Sportler

Schon am frühen Morgen des Pfingstsonntags wurde das Stadtbild Erfurts von den oppositionellen Arbeitersportlern beherrscht. Ununterbrochen trafen die Lastautos ein, die nach dem Johannesplatz (dem Platz der Lastkraftwagen) fuhren. Im unübersehbaren Massen bewegten sich die Sportler, die Betriebsdelegationen, die Delegationen aus den Massenorganisationen, zu den 4 Stellplätzen. Pünktlich 11 Uhr liefen hier gewaltige Heerzügen der roten Arbeitersportler nach dem zentralen Demonstrationsplatz, Friedrich-Wilhelm-Platz, in Bewegung.

In geordneten Zügen und strenger Disziplin marschierten 50.000 oppositionelle Arbeitersportler im Sportdreh durch die Straßen Erfurts!

In den Demonstrationen wurde eine große Zahl Transparente mit revolutionären Forderungen getragen, die u. a. folgende Aufschriften hatten: „Kampf für die rote Sport-einheit“, „Arbeitersportler sind Soldaten der Revolution“, „Kampf der Bourgeoisie und des Faschismus“, „Kampf mit der revolutionären Opposition gegen die sozialfaschistischen Sportler“ u. a. m.

In der 4. gewaltigen Demonstration marschierte eine große Anzahl Frauen und jugendliche Arbeiter, die gemeinsam mit den Sportvereinen nach Erfurt kamen. Der kommunistische Jugendverband und die antifaschistische Junge Garde hatten große Delegationen nach Erfurt entsandt. Aus allen Teilen des Reiches waren zahlreiche Betriebsdelegationen eingetroffen, so aus den Gießhöfen Pommern, aus Berliner und Leipziger Betrieben, von den Ditz-Berken und aus vielen Betrieben des Reiches. Von dem Gelang der revolutionären Forderungen und der Rufe der Kapellen der roten Arbeitersportler hallten die Straßen Erfurts wieder.

Zehntausende, umarmten die Arbeiter Erfurts die Straßen.

Tausende hatten lange vor 12 Uhr am Friedrich-Wilhelm-Platz Aufstellung genommen. Riefen Schlangen gleich zogen die Demonstration zum Friedrich-Wilhelm-Platz. Um 1 Stunde nannte der Aufmarsch, der gleichzeitig von 4 Seiten auf den Platz einströmte, seinen Namen: „Marsch der roten Arbeitersportler“.

Während des ganzen Demonstrationstages war die Erfurter Polizei sehr zurückhaltend. Nach den Vereinbarungen der Reichsleitung der KPD mit dem Polizeipräsidenten wurden nur Verkehrspolizei der Schupo an den Knotenpunkten des Verkehrs aufgestellt. Den Ordnungsdienst übernahmen die Funktionäre der Sport- und Sportvereine selbst.

Der militärische und disziplinierte Aufmarsch der Demonstration hat bewiesen, daß es ohne Polizei, ohne unnötige Abriegelung von Straßenpunkten und Verkehrsgegenden möglich ist, reibungslos einen so großen Aufmarsch, wie das 1. Reichstreffen der roten Sportler, durchzuführen.

Der maßstabsetzende Maschinenmarsch in Erfurt ist ein Beweis dafür, daß anlässlich des 3. Reichstages in Leipzig die Reichs-Polizei die Zusammenkünfte provoziert. Die

Polizei des „linken“ sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Altknecht den Aufmarsch in Leipzig gewaltig auseinanderjagen wollte.

Die Massenkundgebung auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz

Nachdem der Aufmarsch auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz beendet war, eröffnete der Sportgenosse Köhler (Berlin), Mitglied der Reichsleitung der KPD, die Kundgebung. Unter dem brausenden Beifall wurde an der Rednertribüne eine rote Fahne gehißt, und mit dem Gesang „Früher, zur Sonne, zur Freiheit“ begann die eindrucksvolle Kundgebung der revolutionären Arbeitersportler. Während des Gesanges bewegten sich Fahnen-

Der Bürgerblockangriff gegen Beamte und Angestellte

Gehaltsraub von hunderten Millionen / Wahlbetrug der Faschisten und SPD-Führer
Nur revolutionäres Kampfbündnis zwischen Betrieb und Büro verhindert den Raub!

Dresden, den 10. Juni.

In einer Pressebesprechung hat, wie wir bereits Sonntag mitteilten, der Finanzminister des Reichs, Dr. Brüning, die riesigen Summen, die das reaktionäre Programm des Brüning-Kabinetts erneut aus den Massen herauszuziehen will, im einzelnen aufgezählt. Danach sollen aufgebracht werden:

- 220 Millionen durch Erhöhung der Beiträge für Erwerbslosenversicherung.
- 115 Millionen durch „Ersparnisreformen“ der Erwerbslosenversicherung.
- 150 Millionen durch Kürzung der Festbeholden in der öffentlichen und Privatwirtschaft, der Ledigen und der Aufsichtsräte.
- 100 Millionen aus dem Verkauf der Reichsbahnvorschußanleihen.
- 50 Millionen aus der Umgruppierung der Zahlungstermine für die Zigarettensteuer.

Das sind insgesamt 635 Millionen, um die die Lebenshaltung der breiten Massen gekürzt werden soll. Außerdem werden 15 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt durch Ausgaben-

fürungen gekürzt, d. h. man wird hier an den Vermissen der Armen, den Unterstützungsempfängern, sparen.

Die 350 Millionen, also das „Notopfer“, sollen aus folgenden Quellen aufgebracht werden: 1. von sämtlichen Beamten, deren Gehalt das steuerfreie Existenzminimum von 1350 Mark jährlich übersteigt; 2. von den Ledigen, die als Lohn- und Gehaltssteuereinzahler in Betracht kommen. Es ist einfach eine Junggelehrtensteuer; 3. von den Festbeholdenen, die bisher von der Beitragsleistung für Arbeitslosenversicherung befreit waren. Das sind diejenigen, die über 8400 Mark Einkommen haben. Dazu die Aufsichtsräte, die natürlich ihre Funktionen durch einen einfachen Aufsichtsratsbeschluss um den entsprechenden Betrag erhöhen.

Was die Kommunisten fordern

Kapitalisten und hohe Bürokratie sollen zahlen — Bürgerblock, SPD und Nazis stimmen dagegen

Die „Dresdener Volkszeitung“ versucht, die Situation für Wahlgeschäfte auszunutzen und lüthelt:

„Hoffentlich ziehen die Beamten aus dem Vergehen der Bürgerblockregierung im Reich die notwendigen Folgerungen bei den jährlichen Wahlen. Sie sehen, wie man dort mit ihnen umgeht, wo der Bürgerblock herrscht, und sie mühten sich darüber klar zu sein, daß sie das ihrige tun müssen, um in Sachsen das Entstehen einer neuen Bürgerblockregierung unmöglich zu machen.“

Im März schrieb noch die „Dresdener Volkszeitung“ gegen den kommunistischen Antrag auf Kürzung der Ministergehälter:

„Nicht genug damit, verlangen die Kommunisten überhaupt eine Verringerung der Reichsbeholdungen, sondern kein Beamter mehr als 6000 Mark erhalten soll. Ist es schon Wahnsinn, hat es doch Methode.“

Und der Faschist Renner erklärte dazu in der Landtags-sitzung vom 1. April:

„Es ist auch keine Kapitulation, wenn Sie hier daselbst rufen: „Fried!“ Sie wissen ganz genau, daß das Gehalt gekürzt werden soll. Wir werden dem Antrag der KPD leibhaftig verständlich ablehnen, die Gehälter auf 6000 Mark festzusetzen. Wissen Sie, wenn Sie einmal in der Regierung sind, müßten wir wissen, wie Sie es dann machen. Den Antrag des Landvolkes lehnen wir auch ab, aber wir stimmen dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei zu.“

Am 12. April 1930, bei der Beratung der von der neuen Regierung Brüning-Moldenauer eingebrachten Steuergelehe — riesige neue Steuern für die Massen, 600 Millionen Steuererlöse für den Reich — hatten die Kommunisten beantragt:

Erhöhung der Steuer auf die Einkommen über 8000 RM um 20 Prozent, Erhöhung der Körperschaftsteuer um 20 Proz., Erhöhung der Steuer auf Vermögen über 20.000 RM um 20 Prozent, Erhöhung der Erbschaftsteuer auf 300 Millionen.

Alle diese Anträge wurden von der gesamten Reichstagsfraktion der SPD — einschließlich aller „Linken“ — Arm in Arm mit den kapitalistischen Parteien in namenhafter Abstimmung abgelehnt.

Hier ist ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die SPD sowohl als auch die Sozialdemokratischen Parteien daran arbeiten, die

Verstärkt die Sammelaktion!

In einer Sitzung des Arbeiter-Radfabrikbundes Ortsgruppe Bobenaukirchen sammelte ein Genosse 3,45 Mark für den Wahlfonds.

Die Ortsgruppe Zwochau schickte als 1. Rate 11,55 Mark.

Im Eisenwerk Clemens Steuer, Dresden, wurden in ganz kurzer Zeit bei nur 60 Mann Belegschaft 24 Mark zusammengebracht. Die Belegschaft hatte noch bis vor wenigen Tagen kurz gearbeitet. Auch die Tatsache, daß erst in der vergangenen Woche für einen kranken Arbeiter eine gute Sammlung durchgeführt wurde, beeinträchtigte die Aktion unserer Genossen nicht.

Genossen von Hartha sammelten in 3 Tagen 31,50 Mark.

Wo bleiben die anderen? Wo bleiben vor allem die großen Betriebe? In den nächsten Tagen erscheint in der Presse das Sammelthermometer für die Unterbezirke. Da gilt es, schnell noch Abschlüsse und Meldungen an die Bezirksleitung zu schicken, damit die richtigen Ergebnisse eingesetzt werden können.

Genossen! Die Zeit ist kurz. Munition für den Wahlkampf wird dringend gebraucht. Unsere Gegner arbeiten fieberhaft. Wir müssen sie überfallen.

Die Großbetriebe in der Eisen- und Stahlindustrie

träger mit ihren Fahnen zum Rednerpult. Ein endloses Meer roter Fahnen wogte an der Rednertribüne.

Der Gen. Thälmann spricht für die Reichsleitung der Arbeiterportler. Das heutige 1. Reichstages in Erfurt ist ein Kampftag. Die roten Sportler aus dem ganzen Reich. In Thüringen hat der Nazimittel Fried alle Demonstrationen und Kundgebungen der roten Arbeiterportler verboten. Wenn es trotzdem gelungen ist, in etwa 100 Städten und Ortschaften sportliche

Genosse Thälmann an die Arbeiterportler:

Von heimlichem, anhaltendem Beifall empfangen, befeigt Gen. Thälmann die Rednertribüne und nimmt das Wort zu seiner Begrüßungsansprache:

Klassenkämpfe, -genossinnen, Sportfreunde! Im Namen der kommunistischen Partei Deutschlands, im Namen des nicht zu verhehlenden roten Kampfbundes überbringe ich euch die revolutionären brüderlichen Grüße.

Unsere heutige rote Herrschaft, unsere gewaltige Sportbewegung, die der proletarischen Wehrhaftmachung dient, ist getragen vom Geist des Sozialismus, getragen von der großen Idee, für die wir alle ringen und kämpfen. Wir kommen heute in einer Stadt zusammen, in der nach dem Sozialistengesetz, als die revolutionäre Klassenfront der deutschen Arbeiter unter dem Banner der damals noch revolutionären sozialdemokratischen Partei die Bismarck und Puttkammer gezwungen hatten, das Sozialistengesetz aufzuheben, der erste sozialistische Kongress stattfand. In der Stadt Erfurt mit dieser historischen Tradition versammelt wir uns heute. Die Sozialdemokraten von heute streben die Interessen des Proletariats mit Füßen. Sie, die während des Weltkrieges das internationale Banner des Sozialismus hielten, führen heute, zwölf Jahre nach dem Kriege, nach der Novemberrevolution, die größten Schandtat gegen das revolutionäre Proletariat, gegen die wertvollen Massen durch. Gegenüber ist die heutige Demonstration der Arbeiterportler, der Turner, der Fuß- und Handballer, der Wanderer, Schwimmer, Wägher, Arbeitermarinier und aller Sportler der Arbeiterportbewegung.

ein gewaltiges Bekenntnis zur Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit, gegen die sozialfaschistische Sportbürokratie und verbürgerliche Spaltungspolitik.

Nicht weit von hier, in Thüringen, tritt die faschistische Regierung frech und brutal ihre Anschläge gegen die Wertvollen. Unter Berufung auf die Weimarer Verfassung und das Kassationsgesetz verbietet die faschistische Regierung kommunistische und sozialdemokratische Zeitungen. Der nationalsozialistische Minister Fried unterlag den roten Sportlern, öffentliche Kundgebungen und Sportdemonstrationen auf dem Thüringer Gebiet abzuhalten.

Es war und ist unsere Aufgabe, den Thüringer Arbeitern unsere Solidarität zu bekunden und Thüringen mit der roten Flagge zu überdecken.

Ihr wart gestern in Weimar, Jena, Apolda und vielen anderen Orten Thüringens und habt den Faschisten gezeigt, daß die Arbeiterklasse nicht schüchtern ist, sondern daß sie wach und vorwärts stürmt im Geiste des Sozialismus. Wenn die roten Nationalsozialisten, wenn die rote Kavallerie durch die Straßen, auf den Chaussees, durch die Wälder, durch die Städte führen, so muß das den Kampfeswillen und den Mut auch der Thüringer Arbeiterklasse stärken. Das Thüringer Proletariat führt sich eins mit der kommunistischen Partei und ihrem aktiven Kampf gegen den Faschismus.

Die Thüringer Arbeiterklasse erkennt immer stärker, daß die kommunistische Partei die einzige antifaschistische Kraft ist.

Genossen und Genossinnen! Der Generalsekretär des deutschen Reichsausschusses für Volksbildung, Dr. Dierschke, schreibt am Schluß eines Aufsatzes „Deutscher Sport“ wörtlich folgendes: „Heute steht das deutsche Volk wieder zur Weltgemeinschaft zurück.“ Die kommunistische Partei, in deren Namen ich hier spreche, erklärt: Diese Leute haben kein Recht, von Weltgeltung, von der Grundfrage aller Größe und allem Glorie einer Nation zu sprechen. Sie, die den überhöhten Stolz des Nationalismus abgelehnt und auferkennen, sie, die zulaufen, daß die Nationalen nicht mehr denn je haben wird gegen die gewaltige Mehrheit der deutschen arbeitenden Bevölkerung, sie, die die nationalsozialistische Politik des kapitalistischen Staates bedingungslos unterstützen, haben kein Recht, von Nation zu sprechen. Sie beschreiben die proletarische Klasse. Wir Kommunisten legen von dieser Stelle:

„Wir kämpfen auch für eine Nation, aber nicht für eine Nation der Thälken oder Ködner, Borjig und Simeus, Blohm & Böh und Cuno, in der die Reichsregierung mit den faschistischen und sozialfaschistischen Führern die Industriellen und Großgrundbesitzer bereichern und die Massen ausplündern. Wir kämpfen statt dessen für eine Nation, in der die Wertvollen das Staatsruder selbst in die Hand nehmen, in der sie die Schlüsselindustrien, die Eisenbahn, die Schifffahrt, die Banken in die Hände der Allgemeinheit überführen und den Weg zum Sozialismus einschlagen.“

Die gewaltige Steigerung des Arbeitstempes durch die faschistische Nationalisierung, die Mechanisierung der Arbeit, die große Massenarbeit und das Massenland schwächen die körperliche und sportliche Betätigung besonders des jungen Proletariats. So ist es kein Zufall, daß wir gerade auf das junge Element, das so früh und elementar in den Sport der Arbeiterportverbände wirft und heute mit aufmarschiert, die größte Aufmerksamkeit bei unserer zukünftigen Arbeit lenken müssen.

Der Sozialfaschismus will die mächtige Arbeiterportbewegung zerlegen, will jeden revolutionären Geist, jede wirkliche proletarische Wehrhaftigkeit, jeden Kampfsgeist gegen Militarismus und imperialistische Kriegsfahrt, für die Verteidigung des Sowjetunions, jede Klassenziehung im Sinne des Sozialismus erstickend und alle Anhänger und Kämpfer für den revolutionären Geist aus den Reihen der Arbeiterportbewegung ausmerzen und hinauswerfen. Wir werden weiterkämpfen mit euch gemeinsam um die Einheit der Arbeiterportbewegung.

Im Zeichen welcher Aufgaben steht unter heutiger roter Sport- und Kampftag?

Es gilt, den Kampf gegen den Youngplan mit seiner mörderischen Verleumdung der Arbeitermassen zu organisieren. Es gilt, den Kampf gegen die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie und für die Verteidigung der Sowjetunion, des einzigen Landes, in dem die Arbeiterportbewegung nicht um ihre Rechte kämpfen muß, sondern vollste Unterstützung genießt, zu führen. Den härtesten Kampf gegen die faschistische Weltkriegerbewegung, gegen die reaktionären bürgerlichen Sportverbände, in denen die Faschisierung und Militarisierung der proletarischen Jugend betrieben wird. Wir müssen alles daran setzen, die Verbürgerlichung und Republikanismus der Arbeiterportverbände durch die Sozialisierung zu verhindern. Ein weiterer entscheidender Kampf

Veranstaltungen durchzuführen, so zeigt dies den großen Kampfwillen der roten Sportler für die Ziele der Kampfgemeinschaft. Es gibt keinen Unterschied zwischen den reaktionären Maßnahmen des Nationalen und Sozialfaschismus in der Frage des Kampfes gegen die revolutionäre Front der Arbeiterklasse. Nach wie vor werden wir gegen die Spaltungspolitik der Reformisten ankämpfen, nach wie vor werden wir dagegen kämpfen, daß die Arbeiterportbewegung durch die Reformisten in das bürgerliche Lager abgedrängt und dadurch zu einem reaktionären Faktor gegen die Arbeiterklasse werden soll.

Stellung der Arbeiterportler auf die Gewinnung aller Arbeiter, die sich noch in den bürgerlichen oder unter Führung der sozialfaschistischen Sportbürokratie stehenden Verbänden befinden. Wir müssen sie gewinnen für den roten Sport unter der Führung der Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit. Im Kampf gegen die Entrechtung der Arbeiterportbewegung, gegen die Entziehung von Turnhallen, Schwimmhallen und Sportplätzen muß die rote Einheit hergestellt werden.

Heraus zu den Wahlversammlungen der KPD!

Dienstag, den 10. Juni:

Sellerau, Gathhof zur Hoffnung, 20 Uhr. Ref.: Schulz, Mitglied des Preussischen Landtages.
Reinholdshain, 20 Uhr. Ref.: Eberlein, M. d. R. P.
Kadeberg, Deutsches Haus, 20 Uhr. Referent: Maria Kees, M. d. R.
Großwaltersdorf, Gathhof Schönberg. Ref.: Ende, M. d. R.
Großwaltersdorf, Gathhof Schönberg. Ref.: Ende, M. d. R.

Mittwoch, den 11. Juni:

Kippin, Gathhof, 19.30 Uhr. Ref.: Eberlein, Mitglied des Preussischen Landtages.
Cunnersdorf, Pringshöhe, 19.30 Uhr. Ref.: Schment, M. d. R. P.
Obercarlsdorf, Hlberndorf, 20 Uhr. Ref.: Paul Berg, M. d. R.
Hochdorf, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Schrapel (Dresden).
Weirdorf, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Schapel.
Seitzen, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: W. Kollig.
Neutitz, Gathhof, 20 Uhr. Referent: Olga Körner.
Kirschau, Erbschütz, 20 Uhr. Ref.: Zwick.
Hilfeshof, 20 Uhr. Ref.: Hildebrandt.
Vöben, Markt, 17 Uhr. Referent: Maria Kees, M. d. R.
Jittau, Grüner Baum, 20 Uhr. Referent: Maria Kees, M. d. R.
Ebersdorf, Neuhaus, 20 Uhr. Ref.: Emert, M. d. R.

Ihr dürft euch nicht entrecht lassen, ihr müßt die Massen mobilisieren gegen diese Entrechtung. Die Massen werden mit euch unter dem roten Banner marschieren und die Willkür und Sabotageakte der Sozialfaschisten durchbrechen. Ihr werdet mit eurem revolutionären Willen die Front der Arbeiterportler um Zehntausende erweitern. Heran an die proletarischen Elemente in allen Sportorganisationen. Von diesem Kongress und von dieser Demonstration aus müssen wir diesen Kampf zu den neuen höheren Aufgaben der roten Sportbewegung antreten.

In diesem Geiste begehen wir unseren roten Sport- und Kampftag. In diesem Sinne steht euch die kommunistische Partei brüderlich zur Seite. Für diese Aufgaben gilt es, die Arbeit zu erweitern und zu vertiefen. Unsere Losung ist: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Der rote Sport-Internationale, der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, dem revolutionären Klassenkampf der Arbeiterportler, dem Kampf für die Befreiung vom Kapitalismus, der Sowjetunion, dem sozialistischen Vaterlande, eine dreifache, kräftige „Rot Sport!“

Die Massen stimmen begeistert in den Ruf ein, der aus vielen Zehntausenden von Rufen über den weiten Platz erschallt. Unter begeistertem Beifall verläßt der Gen. Thälmann die Tribüne. (Fortsetzung des Berichts folgt.)

Donnerstag, den 12. Juni:

Schönfeld, Erwerbslosenversammlung im Gathhof, Referent: Gierke.
Schmiedeberg, Dänischen-Pöbel, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Bentling, M. d. R.
Zadisdorf, 20 Uhr. Ref.: Trubig.
Laugen, Hotel zur Krone, 20 Uhr. Ref.: Schwalbe.
Niedercaina, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Hausel (Bauhen).
Karlshof, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Pichler.
Königsbrunn, 20 Uhr. Ref.: Schmidt.
Sommerau, Kerscham, 20 Uhr. Ref.: Wähig (Schlegel).
Oberriedersdorf, 20 Uhr. Ref.: Siebler (Jittau).
Dittersdorf, 20 Uhr. Ref.: Seyner.
Markersdorf, 20 Uhr. Ref.: Emert, M. d. R.
Vichtenhain, Erbschütz, 20 Uhr. Ref.: Herrmann.
Proffen, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Müller.
Struppen, Mittelgathhof, 20 Uhr. Ref.: Ebel.
Dürresdorf, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Köhler.
Hilbersdorf, Gathhof, 20 Uhr. Ref.: Schumann.
Rieder- und Oberhof, 20 Uhr. Ref.: Köhler.
Ruh, M. d. R.
Wulda, Erbschütz, 20 Uhr. Ref.: Ende, M. d. R.

Lohnabbauoffensive auch im Ruhrbergbau

Frankfurt a. Main, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Essen berichtet, sind dort zur Zeit im Hinblick auf den Dankschreiben Schicksalsspruch in der Eisenindustrie Verhandlungen über die Möglichkeit einer Lohn- und Preisreduzierung im Bergbau im Gange. Die Kohlenkönige treiben das Spiel wie die von Stahl und Eisen. Sie erklären sich zu einer Preisreduzierung bereit, wenn die Arbeiter ihren Lohn kürzen lassen. Selbst das bürgerliche Blatt, der „Montag Morgen“ muß dazu in seiner heutigen Ausgabe erklären: „Die beschlossene Preisreduzierung scheint aber nicht allzu groß gedacht zu sein und soll wohl mehr eine psychologische als praktische Wirkung haben.“

10prozentige Kürzung der Affordörze Die Arbeiter antworten mit Streik

Lohnabbau bei der HCB

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Fabrikleitung des HCB-Konzerns hat einen Lohnabbau für die im Konzern beschäftigten Arbeiter beschlossen. Wahrscheinlich wird damit im Herbstwert Oberpreis begonnen werden. Die Arbeiter einer ganzen Abteilung sollen am 1. Juli gekündigt und dann später mit einem 10prozentigen Lohnabbau wieder eingestellt werden.

Verhandlung mit den Ausbeutern So „kämpfen“ die Gewerkschaftsführer

„Man sollte es nicht als das betrachten, was es ist: Verhandlung der Gewerkschaften unter der Hand mit den Ausbeutern, damit man alles nicht, was geschieht.“ (Kölnische Zeitung) vom 7. Juni.

Das, was die Zeitung der deutschen Großbourgeoisie auspricht, ist der Inhalt des Brünning-Programms, an dem die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer mitgeholfen haben. Erklären. Der „Vorwärts“ ist über die Kommunisten, die die schändliche Rolle des ADGB enthielten. Er verurteilt, sich und die Führer des ADGB durch Wäghen aus der Affäre zu ziehen, indem er sagt, die Kommunisten würden dem ADGB vor, daß er keine Streiks führe, finanziere usw. Er glaubt, mit Wäghen die Verbrecher der ADGB-Führer vertuschen zu können.

Wir betonen noch einmal, daß der ADGB mit den gewerkschaftlichen Feinden des Proletariats Verhandlungen führt, wirtschaftliche und politische Programme festlegt und diesen reaktionären Kurs durch soziale Redensarten zu verschleiern versucht.

Der ADGB, der nach dem „Vorwärts“ „kein Tarifkontrakt“ ist, steht sich zusammen aus den Tarifkontraktanten, den vertriebenen Führern der Gewerkschaften. Wir fragen deshalb, was tut denn der Herr Falkenberg, der Führer des ADGB? Ruft er die Beamten zum Kampf gegen den mörderischen Anschlag des Brünning-Rabinetts? Keineswegs! Er schreibt einen jämmerlichen Artikel und beweißt damit, daß der ADGB unter reformistischer Führung nicht daran denkt, die Rechte der unteren und mittleren Beamtenschaft gegen die reaktionären Regierungen der Trübsourgeoisie zu verteidigen. Die Beamten müssen sich gegen den Anschlag wehren. In ihren Versammlungen und in den Büros müssen Proteste beschlossen werden. Sie müssen erkennen, daß es gilt, mit den Klassenbewußten Proletariat unter der Führung der Kommunisten und der KPD den Kampf um die Vertiefung der Arbeit und die Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten aufzunehmen.

Revolutionäre Freidenkerjugend rechnet mit den Brandleristen ab

Hannover, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Zu Pfingsten fand in Hannover der Landtag der Freidenkerjugend statt. Trotz Sabotage der brandleristischen Vertretung des Bundes, die am letzten Pfingsttag die Bundes-

5000 Bomben auf indische Dörfer

So sieht eine „Arbeiterregierung“ der 2. Internationale aus

Aus Pechamar wird gemeldet: Die Operationen der Truppen und der Polizei gegen die bewaffneten Kämpfer sind erfolgreich gewesen. Die Kämpfer waren bereits bis 2 Kilometer von der Stadt Pechamar herangezogen. Sie haben schwere Verluste erlitten und sich jetzt fast völlig aus der Gegend zurückgezogen. Der Kampf gegen diese Bergstämme erfolgte mit Artillerie, und 80 Flugzeuge warfen rund 5000 Bomben ab.

Aus dieser Meldung sieht man, wie grausam die „Arbeiterregierung“ Macdonalds gegen die indischen Bauern wütet.

Königsputz in Rumänien

Bukarest, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In Rumänien kam es zu einem Putsch, der mit der Ausrufung des Prinzen Karol als König endete. Nach der Einsetzung Karls als König trat die Regierung Mania am Sonnabend zurück. Am nächsten Tag tagte die Kabinettsitzung, die Karol zum König ausrief. Er selbst hielt die übliche Königsrede, in der er erklärte: „Ich habe vor dem Allmächtigen die Verpflichtung übernommen, ein treuer Führer der Nation zu sein. Meine Unterthanen zu sein. Gemäß meinem Eid werde ich die Unverletzlichkeit der territorialen Grenze wahren.“

Der Ministerpräsident trat darauf zurück, um dem König die Neubildung des Kabinetts zu überlassen. Nach bürgerlichen Meldungen land der Putsch fast keinen Widerstand. Alle Einzelheiten waren vorbereitet. Für den Fall des Mißlingens sollte die griechische Gesandtschaft das Amt für Karol sein. Zweifelslos steht hinter dieser Aktion Mussolini. Das heißt darauf hin, daß der faschistische Kurs über Rumänien noch vertieft werden soll.

Attentat auf einen deutschen Gesandten

Der deutsche Gesandte in Lissabon, v. Salgado, ist einem Revolutionsattentat anlässlich eines Festes auf dem Kreuzer „Königsberg“ im Hafen von Lissabon erlegen. In dem Moment, als das Automobil des Gesandten in die Stadt zurückfahren wollte, feuerte ein deutscher Seemann auf den Gesandten, der von zwei Kugeln am Kopf getroffen wurde. Der Gesandte wurde sofort ins Hospital gebracht, ist aber keinen Verletzungen erlegen. Der Attentäter ist ein Seemann namens Franz Pichowski aus Danzig, der bei seiner Festnahme erklärte, er habe eine hochgehende Persönlichkeit töten wollen, um zu beweisen, daß er nicht wahnsinnig sei. Nach keinen Augen war er zwei Jahre in einer deutschen Irrenanstalt untergebracht, aus der er 1921 flüchtete.

Nach den bisher vorliegenden Berichten scheint das Attentat Zufall zu sein. Sehr wohl möglich ist jedoch, daß diese Zeitschrift berichtet wurde, daß die Kommandanten des Kreuzers für das Deutschland im Ausland, nach denen die rund 25 Millionen Auslandsdeutschen zu ausgelassenen Schandspießen gestempelt werden, nicht zu widerlegen.

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Dem Vernehmungsrichter wurden 11 Arbeiter vorgeführt, die sofort über sie Befehle erging. Die Arbeiter sollen sich an der Gendendemonstration auf dem Landberger Platz beteiligt haben. Den Arbeitern wird Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

Unsere Parole:

Klasse gegen Klasse!

Weg das Völkchen!

Geldhosen dürfen auf Arbeiter schiessen
und Kollateralschaden in Straßen vergießen —
Der Staat? Der bleibt stumm!
Wer kümmert sich drum?
Hier heißt's: Proletariat — freier!
Für uns Korbinian und „Kollat“ politisch
mit Prozessen und hohen und niedrigen
für jene ein bißchen verlegenes Gesicht
und zuletzt — noch ein Regen Papier!
Ob sich einer drum kümmert?
Ob sich einer dran lehrt?
Wir! Wir! Wir!

Geldhosen dürfen auf Arbeiter schiessen
und Kollateralschaden in Straßen vergießen —
Der Staat? Der bleibt stumm!

Gegen die „Heer“, gegen die „Kollat“
kämpft man mit Demonstrationen —
alles für uns!

Und nichts für falsche Terrororgane:
da schneidet man den Faden, da mißt man die Karten
da schneidet man den Faden, da schneidet man den Faden
Weg mit dem Dred!

Soll'n sich die ausgepöbelten Massen
noch länger beschwimmen und abfüllen lassen?
Nein!

Wo hundert Proleten tagtäglich verbluten —
das nennt sich „Justiz“, „Paragrafen“, „Statuten“!
Was bleibt da zurück?

Republik — Republik — — — ?
Der zu uns!

Klasse gegen Klasse geht unter Recht!
Klasse gegen Klasse!

Klasse gegen Klasse geht das Gesetz:
Klasse gegen Klasse!

Und wenn die proletarische Horde auch blüht
(dann es dreht sich ums Geld, um Profit, ums Geschäft!)
Wo ihr die Mute der Ausbeuter treibt — — —
Klasse gegen Klasse!

T.S.

Die Opfer des Pfingstverkehrs

Am ersten Feiertag stiegen auf dem Zentralplatz zwei Personenwagen gegeneinander und gerieten dabei auf dem Fußweg, wo sie eine Straßenbahnlinie umfassen, die dann verlegt nach dem Carolapark gebracht werden mußte.

Am ersten Feiertag nachmittags wurde an der Alte Altenberger und Wittenberger Straße ein 62 Jahre alter Mann von einem Kraftfahrzeug umgefahren; mit einer Knieverletzung wurde der Mann ins Johannstädter Krankenhaus eingeliefert.

Am zweiten Feiertag ereignete sich an der Ecke Kurfürstendamm und Friedrichstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 14 und einem Personenzugswagen, wobei größerer Sachschaden entstand und zwei Frauen leicht verletzt wurden.

Am zweiten Feiertag gegen 16 Uhr wurde auf der Prager Straße ein Arbeiter durch einen Lastkraftwagen namens Franz Reiter von einem Autobus überfahren; er wurde schwer verletzt ins Friedrichstädter Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Entlassung verstarb.

Brand der Laubegauer Schiffswerft

Auf der Schiffswerft Laubegau wurde am Pfingstsonntagabend gegen 15 Uhr im Unterteil und Balkenraum ein Brand bemerkt. Durch die sofort eintreffende Feuerschutzkommission wurde der Brand gelöscht, der Brand auf seinen Ursprung zu beschränken und ein Weitergreifen auf benachbarte Bauten mit leicht brennbaren Materialien zu verhindern. Die schnell eingetretene Feuerentwicklung machte alsbald den Brand vollständig abzuwickeln und damit jede weitere Gefahr zu unterbinden. Der nicht allzu erhebliche Sachschaden betrifft hauptsächlich Schränke und sonstiges Inventar der Werkstättenräume, außerdem ist eine Anzahl Arbeitsplätze der Werksarbeiter mit verbrannt.

Dresdner Polizei und Nazis Arm in Arm

gegen die Arbeiterschaft / Augenzeugenberichte über die Nazi-Aktion

Nazis als „Helfer“

(Angeklagtenkorrespondenz)

Ich bin seit sechs Jahren erwerbslos und beziehe Wohlfahrtsunterstützung. Am Freitag habe ich mich nie gekümmert. Viel habe ich aber schon von der Hitlerbewegung. Darum ging ich zu deren Versammlung am Freitag auf die Annenstraße. Am Freitag sollte ich 20 Pfennig bezahlen. Da ich kein Geld hatte, wurde ich gefragt, ob ich zur Nationalsozialistischen Partei trete. Ich sagte: Ja, und erklärte, der Redner erst einmal hören zu wollen. Da kam ein überlaut lachender Nazi-Parteifunktionär dazu und sagte wörtlich in Beziehung auf mich: Wenn der schon so lange keine Arbeit hat, wählt er auch kommunistisch, laßt ihn nicht herein. Ich ging wieder fort. Ungewollt hat mir ein Nazi den Weg gezeigt. Jetzt weiß ich, wer die Partei der Erwerbslosen ist. Zur Landtagswahl wähle ich Liste 3.

Die Polizei hilft den Nazi-Schlägern

(Arbeiterkorrespondenz)

Als zur Naziversammlung am Freitag in den Annenböden ein Arbeiter sich zur Debatte meldete, wurde er von Nazis angegriffen. „Sind Sie für die Parole: Schlacht die Kommunisten, wo ihr sie trefft.“ Der Arbeiter gab keine Antwort. Im Saale fielen sofort die uniformierten Nazis 180 Nazis auf zu toben. Als ein alter Arbeiter um Ruhe bat, erhielt er von einem Nazi einen Schlag ins Gesicht. Der Arbeiter wurde in unmittelbarer Nähe des Saales, konnte der Schlägerei nicht entkommen. Der Beschlagene aber wurde von der Polizei aus dem Saale geschleppt. Ich ging herunter und meldete diesen Vorfall dem diensttuenden Offizier. Seine Antwort war: „Die Polizei ist unparteiisch, bitte gehen Sie weiter!“

Nach der Redaktion: „Herr Polizeipräsident Kühn! Sie sehen, daß wir recht behalten mit unserer Feststellung, daß die Unparteilichkeit der Polizei eine leere Phrase im Kapitalismus ist. Wir glauben, Sie waren auch einmal dieser Auffassung.“

Dem könnte ich gleich die Backen auseinanderreißen!

(Arbeiterkorrespondenz)

Naziversammlung in den Annenböden. Sprecher war Knappfänger. Vom angekündigten Thema kein Wort. Wie ein Schauspieler stand er auf der Bühne. Geistig konnte er keinen Eindruck machen, so verlor er es denn durch Ausfälle. Wie ein Hahn auf dem Mist folgte der „Handlungsgehilfe“ auf dem Podium umher. Was er sagte, war alles leeres Gerede. Als er nun gar auf den Marxismus zu sprechen kam, wurde er zum Possenreißer. Eindruck hinterließ kein „Referat“ nur bei seinen Worten, die dadurch bewiesen, daß ein Nazi nicht nur wenig geistige Kraft braucht. Als in der Debatte ein weißbärtiger paradiescher Arbeiter sprach und zum Schluß zur Wahl der Liste 3 aufforderte, fing die Menge an zu toben. Ein neben mir stehender etwa 17-jähriger uniformierter Nazi sagte zu seinen Freunden: „Dem könnte ich gleich die Backen auseinanderreißen.“ Gehtiger Kampf der Nazis! (1370)

Eine Kostprobe sozialdemokratischer Verlogenheit:

Wie sich eine Verbesserung im Kopfe Bührers malt

Bei 40 Prozent Mittelstreichung „trifft eine Steigerung der Erholungsfürsorge ein“

Im Etat des SPD-Bürgermeisters Bührer ist die Erholungsfürsorge für Kinder gedroht von 754 920 Mark im Jahre 1929 auf 477 445 Mark im Jahre 1930. Die Folge ist: sämtliche nicht-städtischen Heime werden nicht mehr belegt. Belegt werden nur noch die städtischen Heime in Nordern, Ahlbeck, Oermietzen, Thal, Schellerhaus, sowie das nicht-städtische Heim in Bad-Lütz; außerdem das Heim der Arbeiterwohlfahrt am oberen Waldsee in Wilsdorf bei Dresden. Von den städtischen Heimen wird Ahlbeck nur dreimal belegt. Die anderen städtischen Heime haben eine Kürzung der Belegungsziffern erfahren. Insgesamt werden (die städtische Erholungsfürsorge abgerechnet) aus der Stadt Dresden nur noch 1677 Kinder versorgt. Im Konto Jugendamt des Haushaltsplans wird in der betreffenden Spalte zur Erläuterung gesagt: „Weniger, infolge Herabsetzung der Abendbezahlung!“

Trotz diesen wahrnehmbaren Drosselungen (Herr Bührer beschuldigt sogar die völlige Schließung des Heimes Ahlbeck) hat dieser Finanzgegnert den traurigen Mut, diese rigorosen und arbeiterfeindlichen Schritte in eine Verbesserung umzuwandeln zu versuchen. Nach der Dresden Volkszeitung vom 27. 5. 30, die bei der Veröffentlichung reaktionärer Anschläge auf die Arbeiterschaft immer heimlich ist, erklärte Bührer zu diesem Kapitel des Haushaltsplans folgendes:

„Im übrigen hat noch die Erholungsfürsorge eine Einschränkung erfahren, man überlegt jedoch, daß nicht bloß das städtische Vorkommnis, sondern auch noch andere Stellen (Landeserholungsanstalt, Krankenfällen usw.) Erholungsfürsorge treffen, die sich zum großen Teil mit der Erholungsfürsorge des Vorkommnis schneiden, so daß keine Vergrößerung, sondern im Gegenteil eine Verringerung der Erholungsfürsorge eintritt.“

Herr Bührer würde wahrscheinlich am liebsten unter Verweisung auf andere alles streichen. Die Volkszeitung hat den Mut, den letzten Satz besonders aus dem übrigen Text herauszuheben. Wenn also Bührer von 754 920 auf 477 445 Mark, also beinahe die Hälfte, streicht, so ist das nach

keiner Rechnung eine Verbesserung! Schmähtlicher ist kaum jemals Massenäußerung getrieben worden. Die „linken“ Sozialdemokraten überbieten an strapaziöser Darstellung alles bisher Dagewesene. Reicht diesen Betrugern die Nase vom Gesicht! Zeigt den Arbeitern die sozial-reaktionäre Frage dieser verlogenen Gesellschaft!

Auch eine SPD-Lüge

„Dresdner Wohlfahrtsrat unverändert!“

Gänzlich unrichtig ist es, daß bei den Wohlfahrtsausgaben nennenswerte Eingriffe vorgenommen worden sind. Ich muß mich wundern, daß in der Arbeiterstimme so viel Unrichtigkeiten veröffentlicht werden konnten. Der Wohlfahrtsrat hat mindestens dieselbe Höhe erhalten wie im Vorjahre.

(Dresdner Volkszeitung vom 27. Mai 1930 aus der Feder des sozialdemokratischen Finanzgegners Dr. Bührer)

Herr Bührer hat im Rat und im Klassenrat durchgesetzt, daß die Beihilfe über die Freilassung von Rentenleistungen der letzten Jahre in Höhe von 5 Mark aufgehoben wurden. Und die gesamte sozialdemokratische Ratsfraktion hatten ebenso bedingungslos zugestimmt. („Dem Stadtverordnetenkollegium wird Beitritt zu diesem Beschlusse empfohlen.“) Die Folge ist, daß den Sozialrentnern in Zukunft 5 bis 8 Mark monatlich von ihrer Wohlfahrtsunterstützung gekürzt wird. Diese Schandmaßnahme nennt Bührer: Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes. Die Dresden Volkszeitung schreibt sogar: „Die Belange der arbeitenden Bevölkerung, und besonders der von der öffentlichen Fürsorge Betroffenen werden in keiner Weise beeinträchtigt.“

Arbeiter! Sozialrentner! Geht dieser verlogenen Gesellschaft die Kullung! Wählt am 22. Juni 1930 die Kommunistische Partei: Liste 3!

Die proletarischen Gefangenen rufen:

Gammelt für den Kampffonds der KPD!

Ein leuchtendes Beispiel von Solidarität mit dem Kampf der KPD bei den Landtagswahlen!

Die Rote Hilfe, Festfest Dresden, übermittelt uns das Original eines Briefes, den sie von dem in der Zeitung Volkswacht inhaftierten Genossen Ludwig Kaiser erhielt. In diesem Brief heißt es u. a.:

„Ich bitte Euch, von der Unterstützung dieses Monats 5 Mark in Höhe zu bringen und diesen Betrag dem Kampffonds der Kommunistischen Partei anlässlich der jährlichen Landtagswahlen zu überreichen. Ich habe aus meinem Lohn auch kein Geld mehr, so möchte ich wenigstens auf diese Weise mit zum Erfolg der Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der Kommunistischen Partei beitragen. Mit großer Spannung verfolgen wir Gefangenen auf der Festung Volkswacht die Wahlen im industriellen Herzen Deutschlands und sind sehr überzeugt, daß das jährliche Proletariat durch seine Stimmabgabe für die KPD

der herrschenden Klasse und ihren Helfershelfern, den „linken“ Sozialfaschisten und den nationalfaschistischen Mörder, handgreiflich demonstrieren wird, daß es bereit ist, unter den Fahnen des revolutionären Klassenkampfes für seine Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Mit bestem Rote-Hilfe-Gruß Euer
Ludwig Kaiser.“

Wir geben diesen Brief den Genossen Kaiser bekannt, weil wir erwarten dürfen, daß unsere im Sammeln künftigen Genossen an diesem Beispiel der proletarischen Gefangenen, die von ihrer fernen Unterstützung opferwillig die Partei unterstützen, erkennen werden, daß sie hier nicht nachsehen dürfen. Die proletarischen Gefangenen mahnen: Heran an die Arbeit! Unionskolonnen! Schafft Silber für den Wahlkampf!

Mieter wählen Liste 3!

Nur die KPD kämpft gegen Hausbesitzerwut!

(Von einem proletarischen Mieter)

Ich wohne im Hause Leutemeyer Straße 21. Die Hausbesitzerin, Rosa Schneider, ist wegen der Art, in der sie mit ihren Mietern umspringen pflegt, in aller Munde. Man beschließt sich mit dieser Frau, die alles nur darauf anzu legen scheint, in Verzug zu setzen, nicht gerade in einem besonders günstigen Tone. Auch der „Rote Beobachter“, die kommunistische Ortszeitung, die in Götta erscheint, hat der Dame bereits einige „liebessüßliche Worte“ ins Stammbuch geschrieben. Aber auch das hat nicht geholfen, die Frau zu bewegen, in einer einigermaßen erträglichen Art mit den Mietern umspringen. Jetzt hat sie an die Mieter ihres Hauses in der Leutemeyer Straße 21 folgendes Schreiben gerichtet und durch öffentlichen Aushang in der Hausflur kund gemacht:

„Da einige Mieter in letzter Zeit ruhestörenden Lärm in Hausflur, Hof und Treppenhause verursacht haben, mache ich darauf aufmerksam, daß laut Hausordnung jede Unterhaltung und jedes Umhergehen in obengenannten Räumen unbedingt verboten ist. Es ist ausgeschlossen, daß jeder im Haus machen kann, was er will. Im Wiederholungsfall werde ich rüchlos vorgehen. Ich bin Besitzerin des Hauses und hat außer mir und Herrn Wittig niemand das Recht, sich um meine Hausangelegenheiten zu kümmern.“

Dieses Schreiben charakterisiert die Verhaltensweise der wackeren Hausbesitzerin und ihre Hauspolizei sehr treffend. Wir Mieter werden den „guten Frau“, dem „Schutzherrn des Hauses“ am 22. Juni eine kleine Antwort geben. Denn wir wissen: wenn wir die Kommunistische Liste wählen, treffen wir die proletarischen Mieter auslaugenden Hausbesitzer in ihrer Gewalt überhaupte. Darum sagen wir: jeder proletarische Mieter gibt der KPD, Liste 3, seine Stimme, denn nur die KPD vertritt die Interessen der proletarischen Mieterchaft.

450 Arso-Delegierte brauchen noch Quartiere!

Für die auswärtigen Delegierten des Reichstages der Arso werden noch mehrere hundert Quartiere benötigt. Wir fordern alle Verwaltungsbetriebe auf, dafür zu sorgen, daß sofort die Quartiere in der WZ abgeliefert werden. Genossen, die ein Quartier frei haben, mögen uns das sofort mitteilen. Als Entschädigung werden für einmalige Benutzung 2 RM entrichtet. Genossen, die Zeit drängt, sorgt für Quartier.

Komitee des Reichstages der Arso
Dresden-M., 1. Rappin 18

Die Hauptprobleme des 5. Kongresses der RGG

Erobert die Mehrheit der Arbeiterklasse / Verfügt die Organisation von Wirtschaftskämpfen

Man muß die Vorbereitung zum 5. Kongress in die Massen hineintragen. Man muß das Schwergewicht der gesamten Vorbereitungsarbeit in die Fabriken, Betriebe und in die Straßen verlegen.

(Beschluss der 6. Sektion des Zentralrates der RGG.)

Nach einer eingehenden Analyse der Weltlage und der internationalen Gewerkschaftsbewegung fasste der 4. RGG-Kongress im Jahre 1928 eine Reihe von Beschlüssen zu den Fragen der Strategie, der Taktik und der Organisationsaufgaben, die von den Brandlerianern, Verfehlern und Sozialdemokraten aller Länder auf das heftigste bekämpft wurde. Es waren die objektiven Veränderungen der Bedingungen des internationalen Klassenkampfes, die den 4. Kongress veranlassten, neue Kampfmethoden und -formen zu beschließen, um der neuen Situation gerecht zu werden. Die Hauptmomente, die den 4. Kongress zu den Veränderungen der Kampfmethoden veranlassten, waren:

1. Die Verhäufung der imperialistischen Klassengegensätze,
2. Die Wandlung im Lager der Reformisten.

Das Neue in den Beschlüssen des 4. RGG-Kongresses bestand in folgenden Punkten:

1. Organisation und Führung der Wirtschaftskämpfe auch gegen den Willen des reformistischen Gewerkschaftsapparates;
 2. Organisation der Untergrundtätigkeit in neuen Verbänden dort, wo die Arbeiter der entscheidenden Industrien überhaupt nicht organisiert sind (Amerika).
 3. Beurteilung der Taktik der Einheits- und Einheitsfront in der Hauptlinie von unten.
 4. Schärferer Kampf gegen den Reformismus. Aktiver Kampf gegen die Ausbeutung und Spaltungsmethoden der Reformisten.
- Da die Opportunisten, die Vertreter der Theorie „Einigkeit der Klassen“, eine weitere Festigung in der Stabilisierung des Kapitalismus propagierten, die Wandlungen im Lager der Reformisten

Betriebsarbeiter, Erwerbslose!

Durch die neuen Abbaupläne der Arbeitslosenunterstützung sollen die Löhne gekürzt werden. Betriebsarbeiter und Erwerbslose, schmeißt gemeinsam die Wucherscheit! Nehmt Stellung in den Betrieben und auf den Stempelstellen! Schickt Delegierte zum Reichskongress der RGG am 14. und 15. Juni in Dresden!

leugneten, wurden sie zu erbitterten Feinden der Beschlüsse des 4. Kongresses und der revolutionären Bewegung überhaupt.

Die Erfahrungen in den Jahren seit dem 4. RGG-Kongress, in Bezug auf die Verhäufung der Krise des Weltkapitals und die Wandlung des reformistischen Gewerkschaftsapparates, haben die Richtigkeit der Beschlüsse des 4. Reichskongresses noch auf bekräftigt.

Der 5. Kongress

findet statt in einer Periode, in der sich die imperialistischen und Klassengegensätze weiter verschärfen. Das Wachsen der Krise in Amerika, die steigende Arbeitslosigkeit in England und Deutschland, der revolutionäre Aufstieg in Indien und China, die Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit in allen Ländern, stellen uns vor als die dringendste Aufgabe der RGG die Organisation und Führung der Wirtschaftskämpfe in den Vordergrund der jetzigen Periode.

Als zentrales Problem steht auch auf dem 5. Kongress die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für das revolutionäre Klassenkampfprogramm der RGG.

Wer der Meinung ist, daß der 5. Kongress eine neue Wendeform aufstellt, der würde sich schwer irren. Beschlüsse haben wir in reichlichem Maße. Es kommt jetzt auf der Tagung des Generalrats darauf an, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit von den Abhängern der RGG in den einzelnen Ländern die Beschlüsse des 4. Kongresses, der Stuttgarter Konferenz, der 6. Sektion des Zentralrates in die Praxis umgesetzt wurden. Gewiss steht der 5. Kongress infolge der Verhäufung der Weltkrise des Kapitalismus, der Zuspitzung des Klassenkampfes vor neuen Problemen, aber es ist absolut richtig, wie Lenin vor kurzem erklärte, daß an der Herausarbeitung einer neuen politischen Hauptlinie nicht gedacht ist. Die grundlegenden Prinzipien der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung liegen fest. Im Mittelpunkt der gesamten revolutionären gewerkschaftlichen Tätigkeit steht nach wie vor die Aufgabe der Durchführung der oben genannten Beschlüsse der Tagungen der RGG. Allerdings werden auf dem 5. Kongress eine Reihe von taktischen und organisatorischen Fragen zur Erörterung kommen, denen eine sehr große Bedeutung beigemessen werden muß.

Unser Hauptziel, das noch auf jedem Kongress gestanden hat und stehen wird bis zum Tage der sozialen Revolution, ist die Eroberung der Massen, und auch auf dem 5. Kongress werden die organisatorischen Formen und Methoden für jedes Land festgelegt, die es ermöglichen, das strategische Hauptziel auf dem kürzesten Wege zu erreichen. Darum sind für die revolutionären Arbeiter die Probleme der Organisation unserer Kadern, Bataillone und Armeen auf dem Kongress von großer Bedeutung für die weitere Einmündung der weltrevolutionären Bewegung.

Deutsche Probleme auf dem 5. Kongress

Die RGG hat seit dem 4. Kongress zweifellos große Erfolge zu verzeichnen. Der Reichskongress, die Bezirks- und Unterbezirkskonferenzen der RGG, die Betriebsratwahlen sind Beweise des wachsenden Einflusses auf die breiten Massen. Aber diese Erfolge können uns noch nicht befriedigen. Die objektive außerordentlich günstige Situation, die in Deutschland in den letzten Jahren vorhanden war, die uns die Möglichkeit bot, große Massen dem Reformismus zu entreißen, ist zweifellos nicht genügend ausgenutzt worden.

Der 5. Kongress wird prüfen, inwieweit die RGG in Deutschland in den Fragen der Wirtschaftskämpfe, im Kampf gegen den imperialistischen Gewerkschaftsapparat, durch selbständiges Auftreten die Beschlüsse der RGG seit dem 4. Kongress durchgeführt hat.

Die Kampagne zum 5. Kongress muß, wie das Ziel an der Spitze unseres Artikels sagt, in die Betriebe, in die Gewerkschaften, mit einem Wort in die Massen hineingetragen werden, mit dem Ziel der Befestigung unserer bisherigen Fehler und Mängel in der revolutionären Massenarbeit. Das Gebot der Stunde in Deutschland ist nach wie vor die Eroberung der Betriebe und die Verwirklichung unserer Tätigkeit in den reformistischen Massenorganisationen. Die Vorbereitung großer Teile gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von der Ideologie des Reformismus, besonders der jüngeren Generation, ist unbedingt erforderlich zur Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben. Sie kann aber nur im hartnäckigen, ideologischen Ringen um die Schichten, bei gleichzeitiger einheitlicher Kampf gegen die sozialfaschistische Zuspaltung und diejenigen, die sie in Betrieb und Gewerkschaft führen, die gewerkschaftsfaschistischen, opportunistischen Tendenzen im

den eigenen Reihen der revolutionären Opposition durchgeführt werden.

Eine der Voraussetzungen zur Eroberung der Macht der Arbeiter, zur selbständigen Führung des Klassenkampfes, ist eben die aktive Oppositionsarbeit in den reformistischen Organisationen, so lange sie noch Massen in ihren Reihen haben. Das wird der 5. RGG-Kongress mit aller Deutlichkeit ausprechen. Die Verbesserung unserer Betriebsarbeit, die Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften, die Tätigkeit unter den Frauen, Jugendlichen und Erwerbslosen, die Arbeit der selbständigen, revolutionären Organisationsgruppen der verschiedensten Industriezweige werden bei den Beratungen auf dem 5. RGG-Kongress eine große Rolle spielen.

Unser Ziel ist die Eroberung der Massen. Die organisatorischen Formen und Methoden dienen diesem Zweck. Die Schaffung und der Ausbau fester Fraktionen in den reformistischen Massenorganisationen, die Bildung des roten Vertrauensmännertörpers in den Betrieben, die Schaffung von festen Leitungen in allen Einheiten der RGG, die Konzentration aller revolutionären Kräfte unter der Führung der RGG im örtlichen und bezirkslichen Maßstab, das sind die Voraussetzungen der Eroberung der Massen, die es gibt, mit aller Energie durchzuführen. Die Gründung neuer Gewerkschaften für Deutschland steht auf dem 5. Kongress ebenso wenig wie auf dem 4. auf der Tagesordnung. Wir sind der Meinung, daß die von der RGG beschlossenen organisatorischen Formen und Methoden in der jetzigen Periode zur feineren Zusammenfassung und Konzentration der revolutionären Kräfte und für die vor uns stehenden Aufgaben ausreichen.

Zur Verhäufung unserer Tätigkeit in den reformistischen Massenorganisationen werden wir die revolutionären Arbeiter zum Eintritt in diese und zur Aufnahme der oppositionellen Tätigkeit auffordern. Das wird auch der 5. Kongress, der zu den positiven und negativen Ergebnissen in der Arbeit der RGG, vor allem zu unserer Gewerkschaftsarbeit, Stellung nehmen wird, ebenfalls beschließen.

Wie popularisieren wir den 5. Kongress?

Wenn wir eine wirkliche breite Agitations- und Aufklärungsarbeit zum jährlichen Jubiläum der RGG zum 5. Kongress durchführen wollen, dann gilt es, sofort alle Kräfte anzuknüpfen. Deutschland leidet insgesamt 40 Delegierte, darunter 8 parteilose, aus der Anzahl Frauen und Jugendlichen, fast ausschließlich Betriebsarbeiter, nach Moskau zum 5. Kongress. Die endgültige Wahl dieser Delegierten erfolgt auf den Bezirkskongressen der RGG.

Reichskongress der revolutionären Textilarbeiter

Gegen den Bonzentongress des DVB!

Was auf dem Verbandstag des Textilarbeiterverbandes nicht behandelt werden wird
Zweck und Ziel des Reichskongresses der revolutionären Textilarbeiter

Vom 18. bis 21. Juni findet in Stuttgart der Verbandstag des Textilarbeiterverbandes statt. Es ist besonders bedauernd, daß der Verbandstag in einem Gebiet stattfindet, wo zweifellos noch wenige Textilarbeiter vorhanden sind. Man will möglichst unter Ausschluß der Textilarbeiteröffentlichkeit sagen:

Die Wahlbestimmungen sind ebenso reaktionär, wenn nicht noch ein bißchen schlimmer wie bei den übrigen Gewerkschaften. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie hat ja auch allenthalben vor der Textilarbeiteröffentlichkeit zu verbergen. Wir erinnern nur an die 21. Scheideprache, die voriges Jahr mit Hilfe des sozialdemokratischen Reichsarbeitersministers Willms abgegeben wurden und die den Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen Hunger und Elend brachten.

Für den Norddeutschen Volkstempel wurde der Zeitungslohn festgelegt, der der Textilarbeiterin eine Lohneinbuße von 10 bis 15 Prozent brachte.

Inzwischen ist die Lage der Textilarbeiter immer katastrophaler geworden: Massenentlassungen, Betriebsstilllegungen und Kurzarbeit sind an der Tagesordnung. Die Rationalisierungsmethoden werden von den Unternehmern ausgenutzt, um die Arbeitslöhne weiter zu kürzen. Der Garantielohn für die Arbeiter ist abgeschafft worden, und es ist damit dem Unternehmer auch ein leichtes geworden, mitleidige Arbeiter zu schikanieren und auf

Konferenz der revolutionären Textilarbeiter der Oberlausitz

am Sonntag, 15. Juni, 9 Uhr in Ebersbach, Stadt Leipzig.

Tagesordnung: Die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums und der Kampf der Textilarbeiter um höheren Lohn.

Kolleginnen, Kollegen, wählt in allen Textilbetrieben Delegierte zu dieser Konferenz!

Revolutionäre Textilarbeiteropposition.

diese Weise aus dem Betrieb hinauszuwerfen. Mit Hilfe dieser Bestimmungen wird von den Unternehmern auch der Alfordlohn allgemein herabgedrückt, weil natürlich in der Praxis keiner zu dem Widerleistungsfähigen gehören will.

Textilarbeiter, was kann euch der Verbandstag bringen?

Auf der Tagesordnung des Verbandstages befindet sich kein Punkt über Stellungnahme zur Lage in der Textilindustrie und zu den Kampfaufgaben der Textilarbeiter. Das Hauptgeheimnis, das euch dieser Verbandstag befehlen soll, soll die Unwissenheit sein. Was nützt euch aber die Versicherungseinstellungen, die der größte Teil von euch überhaupt nicht in Anspruch nehmen kann, ganz abgesehen davon, daß bei einem kommenden Krieg die Gelder der Gewerkschaften von den Sozialfaschisten nicht leicht noch in welt schlimmerem Maße für Kriegsanleihe und ähnliche Dinge vergeudet werden als im vergangenen Weltkrieg.

Die Arbeiterklasse muß kämpfen für Erhöhung der politischen Sozialdemokratie. Als Unterhaltungsvereine haben die Gewerkschaften ihren Zweck erreicht. Sie müssen Kampfgemeinschaft sein. Die Tagesordnung des Verbandstages weiß allerdings nicht die geringste Spur von Klassenkampf auf. Bei einem solchen Kurs ist es kein Wunder, daß oppositionelle Textilarbeiter überall aus dem Verband herausgeworfen werden. Die besten Gewerkschaftler wurden überall aus dem Verband herausgeschmissen, weil sie gegen den arbeitgeberfeindlichen Kurs der Bürokratie anstießen.

Beim Verbandstag des DVB nicht die Fragen behandelt, die heute gefährlich vor den Textilarbeitern und -arbeiterinnen

die in den einzelnen Bezirken auf den 22. und 29. Juni und auf den 6. Juli festgelegt sind. Delegierte zu diesen Konferenzen entsenden die Betriebe, Gewerkschaftsorganisationen, die Erwerbslosen und die Industriezweige der RGG. Die Mobilisierung der Arbeiterklasse zum 5. Kongress erfolgt:

1. in Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen. Die oppositionellen Zählstellen in den freien Gewerkschaften, die Fraktionen müssen zum 5. RGG-Kongress in den Verbänden Stellung nehmen. Der Kongress der Amsterdamer Internationale tagt ebenfalls im Juli in Stockholm. Die Versammlungen, die in den reformistischen Organisationen zu diesem Bezirkskongress einberufen werden, müssen zu Kundgebungen für Moskau und gegen Amsterdam werden.

2. Die Parteipresse, die Betriebs- und Straßenzettelungen, die oppositionelle Gewerkschaftspresse müssen in populärer Form Artikel zum 5. RGG-Kongress veröffentlichen. Entsprechend der Bedeutung der Frauen und Jugendlichen für den revolutionären Klassenkampf ist ausführlich die Stellung der RGG zu den Frauen und Jugendlichen in den Presseorganen zu behandeln.

3. Die Finanzierungsaktion für die Delegation geschieht durch Sammelkassen und Marken und muß umgehend eingeleitet werden.

4. Zur Belebung der Kampagne ist es zweckmäßig, revolutionäre Wettbewerbe zwischen Betrieben resp. Orten abzuhalten. Als Ziel des Wettbewerbes sind aufzustellen: Kollektiver Anschluß der Betriebe an die RGG, Ausbau des roten Vertrauensmännertörpers, Abonnentenwerbung für die oppositionelle Presse, Steigerung der Auflage der revolutionären Presse, Vertrieb der Aktionskassenscheine der RGG, Geldsammlungen und Markenverkauf zur Finanzierung der RGG-Delegation, Ausbau resp. Verbesserung der Fraktionsarbeit, Organisation der Jugendarbeit in den reformistischen Gewerkschaften, Veranlassung von Versammlungen zum 5. Kongress.

Die Kürze der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit erfordert für eine erfolgreiche Durchführung der Kampagne die höchste Kräfteanstrengung aller revolutionären Arbeiter.

Die gesamte politische und organisatorische Vorbereitung zum 5. Kongress der RGG muß aufs engste mit dem tagtäglichen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Erwerbslosigkeit, gegen Massenentlassungen, gegen die Bürgerblockierung und deren Ausschüttungsprogramm, gegen den Vorkriegsplan, gegen Sozialfaschismus und Reformismus, gegen die Kapitalklasse und Imperialismus, für die Verteidigung der Sowjetunion, für den Siebenjahresplan, für die Hebung des allgemeinen Lebensniveaus der Arbeiterklasse verknüpft werden.

A. Emrich.

Gesteigerte Ausbeutung und Lohnkürzung bei Wünsche Erben, Ebersbach

Die Textilfabrik Wünsche Erben in Ebersbach (1800 Beschäftigte) hat von den Konsumern verlangt, die Arbeitsleistung um 25 Prozent zu steigern. Jetzt bedienen zwei Arbeiter drei Maschinen. In Zukunft soll — wenn es nach der Firma geht — ein Mann zwei Maschinen bedienen. Noch 1926 bediente ein Arbeiter nicht mehr als eine Maschine. Den Arbeitern, die nicht zwei Maschinen bedienen, soll der Stundenlohn von 75 Pf. auf 70 Pf. herabgesetzt werden.

Wieder zeigt es sich, daß infolge der Nichtmündigkeit des Tarifrats durch die Verbandsbürokratie des Textilarbeiterverbandes die Unternehmer zu immer neuen Verfallsen ermuntert werden. Sie greifen auf den Tarifvertrag.

Die Arbeiter haben beschlossen, das irdische Verlangen der Unternehmer abzulehnen. Aufgabe der revolutionären Textilarbeiteropposition wird es sein, die gesamte Belegschaft auf die Notwendigkeit der Solidarität mit den Bauern hinzuweisen und zum Kampf zu sammeln. Denn gelingt den Unternehmern dieser Vorstoß, so werden weitere gegen die übrige Arbeiterklasse folgen.

DVB erklärt: Lohnabbau notwendig

Das Organ des DVB „Die Arbeit“ heißt 4 unterstellt ganz offen die Lohnabbauversuche des Unternehmertums durch folgenden Argument, das zugleich der Beweis dafür ist, daß die ganzen Lohnabbauversuche des Unternehmertums mit vollem Einverständnis mit der DVB-Bürokratie geschehen. In der Zeitschrift „Die Arbeit“ heißt es:

„Der deutsche Produktionsapparat befindet sich zu einem Teil in einem Zustand, der bei der gegenwärtigen Lohnhöhe in Verbindung mit den anderen Kostenfaktoren nicht rentabel arbeiten kann. Will man die Arbeitslosen in den vorhandenen Produktionsapparaten einordnen, so müssen die obengenannten Kostenfaktoren, Lohn (einschließlich sozialer Löhne), Steuern oder Rohstoffpreise gekürzt werden.“

Erwerbslose für die Risse 3

(Arbeiterkorrespondenz)

Reichenberg. Die am 4.6.30 im Gajhof Reichenberg neu

gegründeten Erwerbslosen nahmen Kenntnis von dem von der Brünnung-Organisation geplanten erneuten Abbau der Erwerbslosenversicherung, und erbliden darin einen ganz infamen Raubzug gegen die Erwerbslosen. Sie verurteilen die Haltung der Sozialdemokratie, die nichts unternimmt, um eine einheitliche Gegenwehr der Erwerbslosen zu organisieren. Folgende Entschlüsse wurde von einem Erwerbslosen geteilt und einstimmig angenommen:

„Die am 4.6.30 im Gajhof Reichenberg verammelten Erwerbslosen geloben, den Kampf gegen Bürgerblock, National und Sozialfaschismus mit aller Schärfe zu führen. Sie geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen, um in der jetzt lothenden Wahlkampagne der Kommunistischen Partei, Risse 3, zum Siege zu verhelfen. Erwerbslose, herzu an die Arbeit, reißt euch ein in die rote Klassenfront, werdet Wirtumpier für unsere Forderungen: Arbeit und Brot!“

Briefe aus der Sowjetunion

Arbeiter, Frauen, Jugendliche berichten über ihre Arbeit am sozialistischen Aufbau

Hausgehilfinnen im roten Wettbewerb

Die Sowjetregierung kontrolliert und verbessert unsere Arbeitsbedingungen

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Werte Genossinnen, Hausgehilfinnen der kapitalistischen Länder! Wir Hausgehilfinnen des Sowjetlandes interessieren uns sehr für das Leben der Hausgehilfinnen der kapitalistischen Länder.

Wir Hausgehilfinnen des Bezirks Baumanst, 500 an der Zahl, wollen mit Euch in einen Briefwechsel treten und bitten Euch, Briefe durch unsere Zeitung „Hausgehilfin“ zu übersenden.

Wir besitzen unsere eigene Zeitung, die wir selbst schreiben und bei deren Redigierung wir helfen. Bei der Redaktion gibt es ein spezielles Redaktionskollegium aus Arbeiterkorrespondentinnen — Hausgehilfinnen. Wir besitzen auch Brigaden unserer Arbeiterkorrespondentinnen, welche verschiedene Untersuchungen vornehmen und feststellen, wie die Hausgehilfin lebt und arbeitet, wie sie die Schulen zur Liquidierung des Analphabetentums und die Kurse für Allgemeinbildung besucht, wie der Verband die Interessen der Hausgehilfinnen verteidigt.

Mit Hilfe unserer Zeitung verbessern wir die Arbeit des Verbandes. Vor der Revolution war die ungeheure Mehrzahl der Hausgehilfinnen Analphabeten, die von früh bis spät unter schrecklichen Bedingungen gearbeitet haben. In den letzten Jahren sind unsere Hausgehilfinnen politisch und kulturell gewachsen — allein im Bezirk Baumanst in Moskau lernen in den Zirkeln zur Liquidierung des Analphabetentums und zum Unterricht im Lesen und Schreiben 1782 Hausgehilfinnen, in Kursen für Allgemeinbildung 120, in Zirkeln für politische Ausbildung 140.

Wir besitzen auch andere Zirkel: Zirkel der Koffolen, Internationale Arbeiterhilfe, „Kinderfreund“, Sanitätszirkel, Schießzirkel u. a. In jedem Gruppenkomitee gibt es eine eigene Wandzeitung und eine Bibliothek.

Gegenwärtig wird im ganzen Lande der sozialistische Wettbewerb praktiziert; wir stehen auch im Wettbewerb. Schulen, Bibliotheken, Zirkel und Redaktionskollegien der Wandzeitungen schicken Beiträge auf sozialistischen Wettbewerb ab. Die Aufgabe der Stößbrigaden ist, die Arbeit und die Lebensweise der Arbeiterinnen in den Wohnungen zu untersuchen und den Abschluß der Arbeitsverträge, in welchen ganz genau gelegt ist, welches die Pflichten des Haushaltes und die der Hausgehilfinnen sind, zu fordern. Wir kontrollieren, ob die Lohnbücher der Hausgehilfinnen von den Arbeitgebern richtig ausgefüllt werden, ob die Hausgehilfinnen den Lohn rechtzeitig erhalten. Die Sozialversicherung der Hausgehilfinnen ist obligatorisch. Wir kontrollieren ebenso, ob die Hausgehilfin die Berufslebensversicherung, Krankengeld und Urlaub erhält. Werden die Pflichten nicht erfüllt, klagen wir bei Gericht und bitten, die Angelegenheit in Anwesenheit einer großen Anzahl von Hausgehilfinnen, als Außerordentlichung zu führen.

Wie auch alle Arbeiter unseres Landes, haben wir Erholungsheime. Im Jahre 1929 sind 114 Hausgehilfinnen,

solche, die mit dem Dorfe nicht in Verbindung standen, in Erholungsheime geschickt worden.

Die gesamte Arbeiterklasse der Sowjetunion kämpft gegenwärtig für die Durchführung des Fünfjahresplanes der Industrie und der Landwirtschaft. Wir Hausgehilfinnen bereiten aus unserer Mitte neue Kadern der qualifizierten Arbeitskräfte vor, wir wählen die besten aus unserer Mitte und sandten 50 Personen als Aufgerückte in die Betriebe, Fabriken, in Bauwerke, zu leitender administrativer Arbeit. Wir kommandieren die Fähigkeiten aus unserer Mitte in höhere Lehranstalten ab, damit sie zu Ingenieuren, Lehrern und Agronomen ausgebildet werden. Unsere Hausgehilfinnen werden in Traktorkursen geschult.

Werte Hausgehilfinnen fahren freiwillig in die Kollektivwirtschaften, sie helfen dort die Kollektivwirtschaften, Kindertruppen und Kinderspielplätze zu organisieren. Unser Land geht mit schnellen Schritten dem Sozialismus entgegen und auf diesem Wege schreiten auch gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse unsere Hausgehilfinnen.

Genossinnen! Hausgehilfinnen der kapitalistischen Länder, wir wenden uns an euch mit einem Aufruf, uns über euer Leben, über euren Kampf gegen die Ausbeuter und darüber, wie euer Verband eure Interessen verteidigt, mitzuteilen. Stellt uns Fragen über das Leben in der Sowjetunion.

Mit kameradschaftlichem Gruß
500 Hausgehilfinnen des Bezirks Baumanst in Moskau.
Sendet Antwort an: Moskau, Soltanka, II. Dromow Traba, VPR, der Lebensmittel- und Volksernährungsarbeiter.



Die Rote Frauen-Miliz in der Sowjetunion

Lehrlinge in der Stoßbrigade

Die Jugendzelle einer Buchdruckerei über ihre Arbeit im Betrieb

(Lehrlingskorrespondenz)

Genossen und Genossinnen jenseits der Grenze! Die kommunistische Jugendzelle der Buchdruckerei „Sirene“ sendet Euch ihren Gruß. Wir beschäftigen Euch über das Leben unserer Moskauer Buchdruckerjugend zu erzählen. In diesem Brief teilen wir Euch unsere Arbeitsbedingungen mit und wie wir am sozialen und politischen Leben teilnehmen.

Nur durch eine Sowjetregierung erreichen wir, daß unsere Jugend von 14 bis 16 Jahren einen vierstündigen Arbeitstag hat. Die 16- bis 18jährigen haben einen sechsstündigen Arbeitstag. Jedes Unternehmen muß eine bestimmte Mindestzahl an Jugendlichen haben, die praktisch studieren. Früher ahmen die Meister viel lieber Lehrlinge, weil sie sie ausbeuten konnten, so viel sie wollten. Nun jedoch müssen wir, die kommunistische Jugend, dafür sorgen, daß unsere Arbeitsstelle immer genügend Lehrlinge hat; denn unsere Verwalter sorgen sich um die Ueberflüsse und haben für uns Lehrlinge noch nicht viel übrig. Nun, die Sowjetgesellschaft sorgt für die Jugendlichen und verteidigt ihre Rechte. Spezielle Instrukteure leiten ihr Studium.

Unsere Buchdruckerei hat 150 Jugendliche. Wir als jugendliche Lehrlinge wählen je einen Vertreter in den Arbeiterrat und einen Vertreter in die Verwaltung. Diese Vertreter entscheiden, auf welche Weise die Lehrlinge verwendet werden. Die Instrukteure berichten den Vertretern, inwieweit das Studium Erfolg hat, welche schlechten Seiten vorhanden sind und wie man sie vermeiden kann.

Unsere gesamte Jugend, geführt von der kommunistischen Zelle, nimmt aktiv am ganzen sozialen und politischen Leben teil. Weder Besprechungen über die Produktion noch allgemeine Versammlungen bleiben ohne eifrige Diskussion der Jugendlichen.

In unserem sozialistischen Wettbewerb ist die kommunistische Jugend bahnbrechend. Wir organisierten eine sogenannte Sturmbrigade, welche die Aufgabe hat, die Produktion in ihrer Gruppe so zu organisieren, daß sie mehr, besser und billiger produzieren unter größtmöglicher Schonung der Maschinen und Werkzeuge. Mit anderen Worten, wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, eine rationelle Arbeitsmethode zu finden.

Am 9. November 1929 ist unsere Buchdruckerei in ununterbrochenen Betrieb genommen worden. Wir haben die Fünftageswoche (vier Tage Arbeit, ein Tag Ruhe) und den siebenstündigen Arbeitstag. Genossen, stellt Euch vor: Wir haben den siebenstündigen Arbeitstag und fünfzügige Woche — was das für uns bedeutet! Dank dieser Reorganisation beschleunigten wir den sozialistischen Aufbau, verbesserten unsere kulturelle Arbeit, unsere Studien und unsere Selbstbildung. Diese Veränderung wurde selbstverständlich feierlich begangen.

Da wir jetzt viel mehr freie Zeit haben, veranstalten wir öfters Vorträge, Berichte, Unterhaltungsabende, Fragen und Antworten. Auch unsere Körperübungen beschäftigen wir zu reorganisieren. Wir beginnen jetzt auch viel mehr zu lernen. Unsere Jugendlichen lernen in verschiedenen Gruppen in Arbeiteruniversitäten, in der Parteischule und in höheren Schulen. In diesem Jahr sandten wir von unserer Arbeitsbank 4 Genossen in eine höhere Schule.

In unserem nächsten Brief beschäftigen wir Euch zu schreiben, wie unsere Arbeitsstelle jetzt aussieht und wie sie aussah vor der Revolution. Wenn Euch dieses interessiert, antwortet uns möglichst bald. Wir Jungkommunisten grüßen Euch.

Die Zelle der kommunistischen Jugend in der Druckerei „Sirene“ (Gudof).

Die Antworten sind zu senden an: Sowetio USSR, III Smotrjajew (vor „gudof“) Georgijewskaja pl. 17 Kom. 13 Moskwa (Krasnaja prelesja).



Moskauer Straße am 1. Mai

Die Brücke von Oka

Seit 45 Jahren notwendig / Erst unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wurde sie gebaut

(Arbeiterkorrespondenz)

Werte Genossen! Wir, Arbeiter und Arbeiterkorrespondenten, die an dem Bau einer Brücke über den Fluß Oka bei Nischni-Nowgorod tätig sind, fühlen uns mit Euch brüderlich verbunden. Deshalb wollen wir Euch über das Leben in der Sowjetunion und unsere Arbeit berichten.

Unser Betrieb heißt „Nischkapstroj“. Er ist vor einigen Jahren organisiert worden, um Großbauten (Brücken, Sälen usw.) in unserer Stadt auszuführen.

Die Vorstadt von Nischni-Nowgorod befindet sich auf dem anderen Ufer des Flusses Oka. Diese Vorstadt heißt „Krasnaja“ und „Krasnaja Gornaja“. Hier befinden sich die größten Betriebe. Bis jetzt hatte die Stadt Nischni-Nowgorod nur ein Brückenboot. Jedes Jahr im Frühjahr und im Herbst wurde das Brückenboot ins Wasser heruntergelassen; das kostete der Stadt etwa eine Million Rubel. Schon vor 45 Jahren sollte eine dauerhafte Brücke gebaut werden. Was unter dem Jaren nicht möglich war, wird in diesem Jahr von den Arbeitern unter der Sowjetmacht verwirklicht.

Unser Betrieb ist eine Staatsorganisation. Als Direktor ist ein Betriebsarbeiter tätig. In unserem Betrieb sind 1500 Arbeiter beschäftigt, zum größten Teil Saisonarbeiter, die im Winter in der Landwirtschaft beschäftigt sind, 160 Arbeiter unseres Betriebes lernen jetzt und besuchen verschiedene Kurse; im Sommer werden wir unter den 400 Arbeitern, die nicht lesen und schreiben konnten, das Analphabetentum liquidieren.

Früher haben wir in der Woche sechs Tage gearbeitet und einen Tag gerast. Jetzt haben wir eine Fünftageswoche. Vier Tage wird gearbeitet und am fünften Tag ruhen wir aus.

Um den sozialistischen Wettbewerb durchzuführen, haben wir Stoßbrigaden organisiert. Sie haben 500 Mitglieder. Wir haben einen Betriebsrat, der hauptsächlich die kulturelle Arbeit in unserem Betrieb leitet. Wir haben auch eine „Rote Oka“, wo Vorträge gehalten und Filme vorgeführt werden. Die Arbeiter haben die Möglichkeit, täglich in der „Roten Oka“ zu lernen. Im Sommer werden wir noch einen Klub schaffen.

Wir schicken Euch unseren herzlichsten Gruß und hoffen, daß wir bald eine Antwort bekommen werden.

Mit proletarischem Gruß

Das Arbeiterkomitee Nischkapstroj.

Unsere Adresse: Stadt Nischni-Nowgorod, Zehnmart.

Scharfer Vorstoß der Macdonald-Regierung gegen die Sowjetunion

Henderson kündigt im Unterhaus den Abbruch der Beziehungen an

London, 7. Juni. Das englische Unterhaus war gestern die Bühne einer ungeheuren Heiße gegen die Sowjetunion, die von den Ministern der „Arbeiter“-Regierung planmäßig auf die Spitze getrieben wurde.

Den Reigen der Interpellationsredner eröffnete der konfessionslose Lord R. Campbell, der die Sowjetunion als dem Staat gegenüber, der England im Kriege im Stich gelassen habe und der die Engländer um jeden Pfennig gebracht habe, den sie in Rußland investiert hatten. Er stellte die Behauptung auf, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion die Ursache für die Wirtschaftskrise und die Verschärfung der Klassengegensätze innerhalb des englischen Imperiums (!) sei.

Sir Austen Chamberlain behauptete, die Sowjetunion sei eine Propaganda-Maschine, die eine Verheerung der Sowjetunion öffentlichen Meinung gegen England zu. Überall in der Welt, wo England Schwächen erwacht, habe die Sowjetunion ihre Hand im Spiel (!).

„Arbeiter“-Minister Henderson gab unter stürmischen Ovationen aller Parteien im Namen des Macdonald-Kabinetts die Erklärung ab, daß die englische Regierung eine Stelle geschaffen habe, die alles Beweismaterial (!) über antienigliche Propaganda durch die Sowjetunion zu prüfen habe. Wenn das Beweismaterial gekehrt (!) sei, werde die englische Regierung durch das Unterhaus sich um die Wiederrücknahme aller Parteien bei einem vollständigen Bruch mit der Sowjetunion bemühen.

Die breite Entfaltung der Antisowjetik durch die Macdonald-Regierung kommt nicht überraschend. Sie ist die folgerichtige Fortsetzung der bisherigen Politik der II. Internationale, die von den englischen Sozialisten maßgebend beeinflusst wird und auf eine geschlossene Front aller reaktionären Kräfte gegen die Sowjetunion hinarbeitet. Die von Henderson geschaffene Organisation zur „Überwachung der Sowjetpropaganda in England“ bedeutet eine legalisierte Fälscherwerkstatt für die berüchtigten „Sinowjew-Briefe“, um die Öffentlichkeit fortwährend gegen die Sowjets aufzufächeln zu können.

Die englische Regierung sieht sich innen- und außenpolitisch vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt. Die große indische Revolution droht die Fesseln der britischen Gewaltherrschaft zu sprengen. Die Vereinbarung mit der ägyptischen Bourgeoisie ist gescheitert. Im Mutterland kommt die Lähmung der Arbeitslosigkeit nicht zum Stillstand. Die wirtschaftliche Krise verschärft sich. Die revolutionären Kräfte des englischen Proletariats häufen sich in gewaltigen Streikämpfen. Die Weltregierung des englischen Imperiums ist erschüttert.

Macdonald versucht seine Position zu halten durch die in dieser Unterhausdebatte ganz offen zutage getretene Anlehnung an die imperialistischen Kräfte. Der in Aussicht gestellte Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion zeigt das Bemühen der englischen Bourgeoisie, Frankreich den Rang in der Führung der „Heiligen Kreuzzüge“ abzulassen. Ist ein weiteres Zeichen für die in schnellstem Tempo wachsende Gefahr eines imperialistischen Kampfes gegen die Sowjetunion, die das Weltproletariat verurteilt auf den Plan rufen muß.

Macdonald läßt Inder zum Tode verurteilen

Vormarsch der Aufständischen in der Nordwestprovinz

Bombay, 7. Juni. In Scholapur wurden vier jugendliche Inder, die der Ermordung eines Polizisten während der Aufstandsbelagerung angeklagt waren, zum Tode verurteilt. Die Verhandlung ergab keinen Beweis für die Richtigkeit der Anschuldigung.

Bombay, 7. Juni. Von der Nordwestgrenze liegen infolge der strengen Zensur nur mangelhafte Berichte vor. Demnach befinden sich die Afghans noch auf dem Vormarsch nach Peshawar. Die Bevölkerung in den Dörfern jubelt ihnen zu und unterstützt sie in jeder Weise.

Die Engländer haben alle verfügbaren Militärmittel dem Afghans entgegengeworfen, um den Vormarsch aufzuhalten. 40 englische Bombenflugzeuge suchten die ganze Gegend nach den Lagern der Aufständischen ab. Ein Teil der Zeilager wurde einen Tag und eine Nacht lang mit Bomben beworfen. Die Zahl der Toten bei diesem Bombardement ist nicht bekannt. Die Afghans haben bereits einige niedrig fliegende Bombenflugzeuge abgeschossen. Die englischen Behörden geben 1 Tote und 3 Verwundete an.

In Bombay unternahm ein Aufgebot von 350 Polizisten unter Führung von 30 europäischen Polizeioffizieren eine Razzia gegen das neue Hauptquartier des indischen Nationalkongresses. Die Polizei verhaftete sechs Mitglieder des „Kongresses“, darunter den Vorsitzenden Joshi, und beschlagnahmte eine Anzahl Dokumente.

In Dhara Jana kam es zu neuen Kämpfen, bei denen 137 Personen verhaftet wurden.

Die Demonstranten trugen zum Teil rote Armbinden mit Siegel und Hammer. Auch rote Fahnen mit dem Sowjetstern wurden in dem Zuge mitgeführt.

Verhärzung der Kämpfe in Indochina

Fliegerbomben gegen Eingeborenendörfer — Der französische Imperialismus am Pranger

Paris, 7. Juni. In Saigon in Indochina, 10 Kilometer von Cholon, wurde eine Polizeieinheit von Aufständischen in die Flucht geschlagen. Dabei wurde eine Person getötet und fünf verwundet. Gleichzeitig legte ein Sturm auf ein staatliches Gebäude ein. Im Dorf Hoc-Mon schloßen die Wachposten auf demonstrierende Bauern. Daraufhin drangen die Bauern in das Haus der französischen Behörde ein und besetzten es. Bei dem Kampf gab es zwei Tote und sieben Verwundete.

Behörde ein und besetzten es. Bei dem Kampf gab es zwei Tote und sieben Verwundete.

Paris, 7. Juni. In der Kammer begann gestern die Interpellationsdebatte über die Ereignisse in Indochina. Die kommunistischen Abgeordneten richteten wuchtige Angriffe gegen das Räulen des französischen Imperialismus in Indochina. Im Verlauf der Debatte wurde bekannt, daß Eingeborenendörfer mit 5.000 Menschen beworfen worden seien. Ganze Siedlungen wurden dem Erdboden gleichgemacht und alle Verheerungen vernichtet. In einem Dorf sind sämtliche Häuser, in denen angeblich Revolutionäre beherbergt gewesen seien, ausgeplündert und eingeäschert worden. Die 57 bisher ausgesprochenen Todesurteile gegen indochinesische Aufständische wurden vom französischen Ausnahmegericht in drei Sitzungen von je zwei Stunden Dauer, also jede Stunde zehn Todesurteile ausgesprochen.

Es kam jedoch sehr klar zum Ausdruck, daß die schlimmsten Verbrechen die Plamen der Revolution nur höher schlagen lassen und der französische Imperialismus sich vor unüberwindlichen Schwierigkeiten gestellt sieht.

Der zur Rechtsgenossenschaft gehörige Abgeordnete Taittinger machte für die Ereignisse in Indochina die Propaganda Moskaus verantwortlich, die überall, so in Indien, Hollandisch-Indien und China darauf hinarbeite, den europäischen Mächten Schwierigkeiten zu machen. Er forderte den Abbruch der Beziehungen zu Moskau und die Organisation eines europäischen Kreuzzuges gegen Sowjetrußland.

Ku-Klug-Klan-Methoden in Finnland

Helsingfors, 7. Juni. Komplizen der finnischen Faschisten zu Helsinki, die sich vor dem dortigen Gericht wegen Zerstörung einer kommunistischen Druckerei verantworten sollen, überfielen den kommunistischen Rechtsanwalt der Druckerei, als dieser das Gerichtsgelände verließ und entführten ihn in einem bereits gehaltenen Auto. Es ist zu befürchten, daß der Verhaftete ermordet wurde.

Zuchthaus für japanische Kommunistenführer

Osaka, nach einer T.U.-Mitteilung hat das oberste japanische Gericht drei der wegen Hochverrats angeklagten japanischen Kommunistenführer zu Zuchthausstrafen von je zehn Jahren verurteilt. Außerdem schwebt gegen sie noch ein Prozeß wegen Zerstörung der Marine, worauf Todesstrafe steht.

Prinz Carol in Bukarest

Bukarest, 7. Juni. Der rumänische Kronprinz Carol, der durch einen Beschluß des Kronrats am 4. Januar 1926 seiner Thronrechte verlustig erklärt wurde, ist gestern mit Zustimmung der rumänischen Regierung nach Bukarest zurückgekehrt. Aus diesem Anlaß waren einige Stunden lang sämtliche Telefon- und Telegraphenverbindungen mit dem Ausland unterbrochen. Heute soll die Nationalversammlung dem Prinzen die Thronrechte wieder zuerkennen.

Generalstreik in französischen Marinewerftstätten

Paris, 7. Juni. Wie aus Bannone gemeldet wird, ist in den staatlichen Marinewerftstätten von Bannone ein Generalstreik ausgebrochen, der in voller Einmütigkeit durchgeführt wird. Es haben bereits große Demonstrationen der Streikenden stattgefunden.

In Spanien wurden neuerdings wieder sämtliche politische Versammlungen verboten.



71. Fortsetzung.

Da stehen sie schon vor einem Trupp berittener Schutze. „Jurid“, schreien die besorgten Waterlandsgesellen dem „inneren Feind“ entgegen.

Sie fragen: „Was wollt ihr von uns! — Sollen wir willenlos verurteilt?“

„Jurid!“

Sie, die morgens mit wehem Herzen von ihren rechtlichen Kindern gehen, deren Väter sterben und faulen im Eisenhagel und Gas, spüren mit einem Male die kalte, unerbittliche Verhöhnung. Ein Stück Papier liegt einem Gaul unter den Hufen. Er tänzelt, der Reiter staut, zieht seine lange Plempe, reißt den Gaul herum. Die Front der berittenen Blauen formiert sich zur Ketade, die Säbel sind gezückt, die Pistolentaschen geöffnet. — Doch die Massen stehen, stumm, hoch in den Gesichtern.

„Jurid!“

Warum jurid! Sie begreifen das nicht, glauben nicht an die Vollendung der Provokation.

Was sie herantreten, mit den seitlich antänzenden Säulen, die ersten zu Boden zu werfen suchen, um durch die Panik die Reihen mürbe zu machen zum Durchbruch.

„Jurid!“

Doch sie halten stand! Einer fällt dem Gaul in die Fügel, der Reiter haut auf ihn nieder. — Doch ehe er sich verfährt, ist er vom Pferd gerissen. Die Staatsautorität liegt im Dreck, die Plempe steigt über den Zaun in den Schnee. Wie ein Bliz fährt es durch die Reihen: kurze Nacht ist nur die Rehschneise unserer Schafgebäude.

Aber auch die Berittenen weichen nicht. Unsterbliche

Schande, vor dem Pöbel zu kapitulieren. Sie kehren kurz um, wenden von neuem zur Wende, — und werden empfangen mit einem Bombardement von Steinen und Jaucheläuten. Die Gänge häufen sich auf. Eine niedergestürzte Frau schreit — ihr Schrei reißt die Massen zum Sturm.

Die Berittenen werden an die Straßenkreuzung gedrängt. Da entdecken die Massen das Eckhaus, dessen zweiter Ausgang hinter den Rücken der Berittenen führt. Im Nu sind die Blauen umringt. Ihre Verwirrung auf den — so unglaublich geistlos — Gesichtern reißt zum Lachen. Sie wenden — und strengen davon, unbekümmert.

Sie sollten die Demonstranten an der äußeren Zone aufhalten, damit der „Verkehr“ nicht gestört wird. Nun stehen diese vor der heraufstrebenden Straßenbahn.

„Stopp! — Schmeißt den Kumpel hin!“ ermuntern sie den Führer. Der haut unglaublich auf seinem Pelz. Der Schaffner verläßt den Wagen und sagt: „Seid vernünftig. Wir machen Schluss!“

Die Fahrgäste jedoch sind erzürnt. Eine Dame im eleganten Pelz entwirrt sich: „Was ist denn hier los?“ Sie stellt ihren zitternden Vinscher beiseite, schaut empört durch ihre Gucklupe und fährt fort: „Fahren Sie los! Sie sehen doch, die Leute sind betrunken!“ Einige steigen aus, gehen schweigend, oder verstockten lächelnd, fort. Andere zucken die Schultern, debattieren heftig, wie: „Schöne Zustände! Sind wir denn in Rußland?“

Der Fahrer will in die Massen fahren. — Da springen sie auf den Wagen. Er zückt die Kurbel: „Der erste, der herkommt!“

— — — Da wird er schon von hinten gepackt und über die Vorderseite der Plattform gelegt. Seine großen Nistkissen kommen hinten hoch wie die Füße eines tauchenden Entensichs. Sie bringen ihn wieder ins Gleichgewicht und halten ihn fest. Das Weib, das er mit der Kurbel bedrohte, reißt einem Kriegerknecht den Stuhl fort und beginnt:

„Der — er — ste — der — her — kommt!“ Haut ihm mit beiden Händen bei jeder Silbe eines über den Herwertesten und sagt dann: „Nicht ihn los!“ Dann zu dem Zappelnden: „Verdau, sonst bekommst du noch eine Labung.“

Ein Gesicht taucht aus der Verfenkung auf, aus dem die Augen stieren, als ginge die Welt unter. Doch er bekennt sich rasch, läuft mit seinen großen Stiefeln eilig über die Straße. Die Fahrgäste verschwinden gleichfalls. Keinem geschieht etwas. Der Zug geht weiter an dem unbeschädigten Wagen vorbei.

Da taucht schon ein zweiter Wagen auf. Häufe heben sich wie Haltetigalle — doch umsonst. Über er kann nicht auf den stehengebliebenen Wagen, auffahren, — das ist sein Verhängnis. Eine Kut fährt durch die Menge. Sie stürzen den Wagen um. Einige „unerfrorene“ Herren protestieren: „Arbeitslose Bürger überfallen!“ — „Kein Recht, den Verkehr zu stören.“ — „Die Zeit nicht gestohlen.“

„Wir auch nicht! — Maus!“

„Wer gibt Ihnen dazu das Recht?“

„Was heißt hier Recht! Wir haben genug — und gestuft.“

★

„Die Blauen!“ Wie ein Alarmruf pflanzt sich der Schrei fort. Von unten her knallen scharfe Schüsse. Dann tauchen die Uniformen einer im Laufschritt vorgehenden Patrouille auf, die über die ganze Straße und über die Fußsteige kommen. Sie schießen scharf über die lange gerade Chaussee. Fenster fliegen zu. Alles verschwindet in den Häusern.

Ich stehe mit noch einem Kollegen in einem Flur, in den auch ein Trupp Arbeiterinnen gestürzt ist. Die schließenden Waterlandsgesellen rennen vorüber wie zum Sturm.

Keiner weiß, was draußen vorgeht. Sie und da dringt ein Schrei zu uns. Schatten hüpfen hin und her. Man sieht es durch die Glasfassung in der Tür. Oben im Hause werden die Türen verschlossen.

Die Arbeiterinnen stehen eine halbe Treppe höher. Wir gehen ebenfalls die halbe Treppe hinauf.

„Wir müssen jetzt ganz ruhig sein“, bemerkt ich.

„Wenn sie uns von draußen gewahrt werden, kommen sie und wir sind mehllos.“

„Wir haben doch gar nichts gemacht?“

„Haltet die Schnauze, sonst rufen sie noch von oben nach unten. Denkt ihr, hier wohnen lauter Arbeiter?“ sagt mein Kollege. Ich suche im Flüsterton zu beschwichtigen, habe das Gefühl, daß die Straßen „gefärbert“ werden. Ich weiß, wie sie haufen dem „Feind“ gegenüber.

„Habt wohl die Hosen schon voll?“ bemerkt eine Unverbesserliche.

Nun geht das Röhren los

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratische „Arbeiterregierung“ oder proletarische Diktatur?

Da die sozialdemokratischen Führer, die „Linken“ wie die rechten, endgültig und restlos mit dem Marxismus gebrochen, an Stelle des gewaltigen Sturzes der Bourgeoisie und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur die Theorie des „allmählichen Hineinwachsens in den Sozialismus“ mittels Mandaten und Ministerpostenstellen gestellt haben, verfolgen sie ihren Arbeiteranhängern die Notwendigkeit ihrer Koalitionspolitik plausibel zu machen. Das ist vor allem in Sachsen keine leichte Sache, wo die sozialdemokratischen Arbeiter 6 Jahre lang von radikalen Phrasen gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik im Reich und in Preußen trunken gemacht worden sind. Aber die wachsende revolutionäre Krise verlangt die Aufgabe dieser Scheinoppositionellen Position und die Bildung der Großen Koalition nach den Wahlen. So sollen die Kommunisten als Sündenböcke herhalten, und die sozialdemokratischen Verfallungsgesetze durch die Hände und Begründungen der Notwendigkeit der Großen Koalition mit dem Hinweis, daß die Kommunisten eine Arbeiterregierung verhindern wollten.

Die Rolle der Zeigner-Regierung im Jahre 1923

Was eine „Arbeiterregierung“ der 2. Internationale, eine „Arbeiterregierung“ im Rahmen der bürgerlichen Verfassung und Klassenordnung ist, haben wir bereits in einem Artikel an Hand der englischen „Arbeiterregierung“ bewiesen. Sie ist und kann nichts anderes sein als das Werkzeug der imperialistischen Bourgeoisie. Jede andere Auffassung, jede Hineinmischung von Illusionen führt zur Katastrophe. Das sächsische Proletariat hat es im Oktober 1923 an eigenen Leiden blutig und grausam erfahren. Die Politik Brandlers, der Eintritt der Brandler und Wöhrler in die damalige „linke“ sozialdemokratische Regierung hat all jenen Illusionen den Weg geebnet, als ob im Bündnis mit den „Linken“ SPD-Führern ohne Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates, ohne die Aufrichtung der proletarischen Diktatur eine „Arbeiterregierung“ den Kampf um die Macht, die soziale Revolution, den gewaltigen Umsturz erleben könnte. Im Gegenteil! Gerade die Zeigner-Regierung hat die Entfaltung der außerparlamentarischen Kampfkraft des Proletariats, die Einstellung der arbeitenden Massen auf die Generallinie des gewaltigen Umsturzes gehemmt und verhindert. Als die Stunde der Entscheidung herannah, bekehrten die „Linken“ SPD-Führer kamplos und der Spalt einer sogenannten „Arbeiterregierung“ ging unter unter dem Gefäß der marschierenden Reichsmehregimenten.

Warum wurde die sächsische „Arbeiterregierung“ gestürzt?

Wenn die Bourgeoisie dieser Komödie von „Arbeiterregierung“ ein Ende gemacht hat, so war es deshalb, weil in der Länge der tiefsten Wirtschaftskrise, der Inflation und des Hungers die Massen von sich aus, aus eigener Kraft zu Maßnahmen schritten, die außerhalb des Willens und der Absicht der SPD-Führer lagen und dazu führten, die kapitalistische Ordnung ernsthaft zu gefährden. Gegen die Revolutionierung des sächsischen Proletariats richtete sich die Reichsregierung, gegen die Zeigner-Regierung in dem Augenblick, als sie für die Bourgeoisie ihre historische Aufgabe erfüllt hatte, der Bourgeoisie Zeit zu geben, Kräfte zu sammeln, um die Hochflut der revolutionären Bewegung zu brechen und die Periode der relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus einzuleiten.

In wessen Auftrag marschierte die Reichswehr?

Wer ist es nun gewesen, der im Auftrag der Bourgeoisie dieser Komödie von „Arbeiterregierung“ ein Ende machte? Nach dem Vorhergegangenen, das keinen Zweifel über unsere Stellung

zur Frage einer Arbeiterregierung läßt, stellen wir diese Frage deshalb, um an einem treffenden Beispiel die heutige sozialdemokratische Wahiparade zu illustrieren. Die Kommunisten verhindern eine Arbeiterregierung. Aber gerade die sozialdemokratischen Minister und Herr Ebert waren es im Jahre 1923, in deren Auftrag der General Müller die „Arbeiterregierung“ absah, wobei die Rolle der „Linken“ SPD-Führer darin bestand, hinter einem Scheinwortschpiel kamplos zu befehligen, das sächsische Proletariat den Reichsmehregimenten auszuliefern, indem sie erklärten, der Reichsmehregeneral richte sich gegen das sächsische Proletariat.

Am 27. September 1923 konnte der kommandierende General Müller folgende Verordnung erlassen:

Die vollziehende Gewalt vom 27. 9. ist auf mich übergegangen. Umstände und Verhältnisse unter freiem Himmel sind in der Nacht. Umstände und Verhältnisse unter freiem Himmel sind in der Nacht. Umstände und Verhältnisse unter freiem Himmel sind in der Nacht.

General Müller ging mit eigener Konsequenz daran, die Organisationen der Arbeiterkraft zu zerlegen und Schritt für Schritt den Machtbereich der Regierung einzusengen. Zuerst wurden alle Kontrollstellen und Organisationen verboten, sämtliche kommunistischen Zeitungen wurden unterdrückt.

Zwei Tage später riefen 50 Eisenbahnzüge voll besetzt mit Reichsmehregimenten und voll besetzt mit Maschinen, Gewehren, Geschützen und Munition, aus allen Teilen Deutschlands über die sächsische Grenze. Blutige Spuren zeichnen den Weg, den die Truppen durch dieses Land nahmen. In Reichen, in Pirna, in Freital, in Großenhain, in Chemnitz, in unzähligen Orten des Erzgebirges und des Vogtlandes gibt es Tote und Verwundete. In Freiberg allein fielen über 30 Tote und über 100 Verwundete der Reichswehr zum Opfer. Man glaubt sich auf den Balkan versetzt.

Am 29. Oktober, mittags 11 Uhr, zog die Reichswehr mit klingendem Spiel vor die Ministerien, um die Regierung des Landes zu entsetzen. Gewollt von Truppen mit entlehntem Gewehr, wurden die sozialistischen Minister von den Posten entzerrt, auf die sie die Mehrheit des Volkes gefaßt hatten.

Nur ein „Versehen“ erklären heute die „Linken“

Wir haben die ganzen vorstehenden Ausführungen über den Verlauf des Reichsmehregeneralmarsches in Sachsen einem solchen erschienenen Buch entnommen: „Klassenkampf um Sachsen“. Der Verfasser ist Dr. Walter Fabian, Redakteur der sozialdemokratischen Volkszeitung, Dresden. Dieser Herr Fabian schreibt abfällig über die Tatsache, daß die Abkehr der Zeigner-Regierung, mit der Reichsmehregeneral gegen Sachsen im Auftrag des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert und dreier sozialdemokratischer Reichsminister erfolgte:

Wie aber war es möglich, daß ein sozialdemokratischer Reichspräsident, daß eine Arbeiterregierung, in der drei Sozialdemokraten als Minister lagen, eine solche Politik zuließen? Die sozialdemokratischen Minister sind von den bürgerlichen Ministern weitgehend getäuscht, aber viele Handlungen absichtlich im unklaren gelassen worden. Sie haben lange Zeit eifrig geglaubt, daß die Aktion der Reichswehr nur die Ruhe in Sachsen garantieren solle und im übrigen der Abwehr gegen Bayern diene. ... Daß sich die sozialdemokratischen Minister so täuschen ließen, daß sie auf diese Weise wider ihren Willen die Pläne des Bürgerlums erleichterten, war ein furchtbarer, verhängnisvoller Fehler; er beweist, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren, aber er rührt nicht an ihrer Ehre als Sozialdemokraten.

Die „Linken“ im Sumpfe des Sozialfaschismus gelandet

Diese Beurteilung exzessiver Handlungen sozialdemokratischer Führer, die im Jahre 1923 Reichswehr gegen das sächsische Proletariat handten und die eigene Zeigner-Regierung durch einen General absetzen ließen, ist bezeichnend und doch nur beispielhaft; denn bei einer politischen Beurteilung einer solchen Handlung würde sich von selbst die Frage ergeben, warum die Ebert und Solmann damals so handelten — und handeln mußten? Sie sind die grimmigsten Feinde der Revolution, die eifrigsten Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Je mehr diese Ordnung erschüttert ist, der revolutionäre Ansturm je zu überfluten droht, je notwendiger also die Entfesselung aller reaktionären Kräfte zur Niederhaltung der Revolution wird, desto konterrevolutionärer müssen auch die Handlungen der sozialdemokratischen Führer werden. So war es 1918, als Noskes Truppen marschierten, so war es 1923, als Müllers Reichswehr auf Reichs Eberts marschierte, so ist es heute, wo sich das Trübschicksal zur Behauptung seiner Herrschaft immer mehr ausgesprochen sächsischer Methoden im Kampf gegen das Proletariat bedienen muß, und wo die Sozialdemokratie, verworfen mit dem Staatsapparat der Bourgeoisie, sich zum Sozialfaschismus entwickelt hat und weiter entwickeln wird.

Von diesem Entwicklungsprozeß machen die „Linken“ SPD-Führer keine Ausnahme. Der „linke“ Reichspräsident verhängte am 1. Mai den Belagerungszustand. Die gesamten „Linken“ SPD-Führer fielen mit Reichsritten zur Koalition. Sie erklärten sich offen für die Koalitionspolitik, aus der heraus die Solmann und Ebert 1923 handelten und die Reichswehr gegen Sachsen handten. Weiß die „Linken“ Reichspräsident der Ebert und Müller, der Solmann und Wöhrler sind, können sie deren blutigen Arbeiterverrat vom Jahre 1923 nicht herunterlassen, sondern erklären die Niederwerfung von 100 Arbeitern durch die Soldaten der Republik als ein „Versehen“.

Arbeiterregierung“ der II. Internationale oder proletarische Diktatur?

Die Kommunisten verhindern die Ausnutzung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit? Die Kommunisten verhindern eine Arbeiterregierung? Ist es nach dem Obenstehenden noch schwer, den „Linken“ Verfallungsregeln während des Wahlkampfes eine vernünftige Abwehr zu erteilen? Jawohl, wir sind für eine Arbeiterregierung, für eine Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauern. Aber diese Regierung ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats, errichtet auf den Trümmern des bürgerlichen Staates und seiner bewaffneten Macht, getragen von den arbeitenden Massen in Stadt und Land, die die Kapitalisten enteignet, die Bourgeoisie entwaffnet, selbst Träger der bewaffneten Macht sind und zum erstenmal in Deutschland eine Regierung errichten werden, die ihre Regierung ist. Für eine solche Arbeiterregierung kämpfen wir. Im Kampf um eine solche Arbeiterregierung werden die „Linken“ SPD-Führer jenseits der Barrikaden stehen, genau so wie sie heute alle Schleusen der Niedertracht gegen die Konfession geöffnet haben.

Darum ist die Frage und Antwort einfach und leicht für jeden Werktätigen. Wer für eine „Arbeiterregierung“ der MacDonald und Komp., der Führer der Zweiten Internationale ist, der wählt am 22. Juni Sozialdemokraten.

Wer für eine Arbeiter- und Bauernregierung der Kommunisten, die nichts anderes als die Diktatur des Proletariats ist, kämpfen will, wähle am 22. Juni Kommunisten, bitte!

Woll-Mustelin

Wir kauften einen Riesenposten in diesem immer praktischen und immer schönen Stoff

zum Sommerkleid

eine Riesenauswahl neuer und geschmackvoller Muster, 78 cm breit, feinwollene herrliche Qualitäten

165

Meter

Wettinerstr. 3/5

Ludwig Bach & Co

Oschatzstr. 15/18

Ämtliche Bekanntmachung
Sahrmarkt im Berggießhübel
 am 15. und 16. Juni 1930

HANSA-THEATER
 Görlitzer Straße 18
 Dienstag bis Donnerstag das schöne Programm:
Der Kampf um den Mann
 mit Thomas Alva Edison
 Der Charlie Chaplin in dem lustigen Film:
Charlie in Variété

DeinWeg
 zum Wissen muß führen über die Literatur. Wissen ist Macht!
Führt Dich
 etwa das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh zur Arbeiter-Buchhandlg. Viktoriastraße 21

Farben Lacke
 und sämtliches Malerbedarf
 Konkurrenten billig
 Verlangen Sie Preisliste
Karl Langhärig
 Pirna-Rottwendorf
 Fernruf 1035

Dampf-Wäscherei Kandler
 Dresden-N.
 Oppellstr. 50
 Telefon 53704

Färberei, chemische Reinigung A. Croon
 Martin-Luther-Straße 13, Rat 51210
 Keine Eilausschlüsse. Frei Ab-u. Zustellg.
 Billigste Preise. Straßenb.-Linien 9, 11, 13

Kreuz-Apotheke
 Neugersdorf, Hauptstraße

Dutsches Kaufhaus Neugersdorf
 Hauptstraße — Rosenstraße
 Autohaltestelle — Tel. 2295

Lichtspiele Freiburger Platz

Ab heute Erstaufführung!
 Ein neuer Tom-Mix-Großfilm, wie er bis jetzt noch nicht gezeigt wurde

Zum ersten Male!

Tom Mix

Unter Arabern

9 sensationelle, spannende Akte

Eine Geschichte verborgener Kämpfe mit Arabern und Amerikanern und Tom Mix mit seiner Schar verwagter Cowboys. Tempo u. Spannung!

Dazu der weitere lust. Teil, 6 Akte

Einlaß 4 Uhr, Beginn 4³⁰, 6³⁰, 8³⁰ Uhr

Trinkt die erstklassigen Biere der
Bautzner
Brauerei und Mälzerei AG